

Diemut Majer:  
Der lange Weg zu Freiheit  
und Gleichheit.  
Vierzehn Vorlesungen zur Rechts-  
stellung der Frau in der Geschichte,  
WKV-Universitätsverlag Wien 1995,  
233 S.

Seit des Aristoteles Behauptung (Politik, 1259b), daß Frauen nur dann zur Führung geeignet seien, wenn sie widernatürlich veranlagt sind, hat es durchaus auch Fortschritte in Theorie und Praxis gegeben. Freilich verlautete es noch vor nur einer Generation von prominenter Juristenseite (in: Monatschrift für Deutsches Recht, 1950, S. 387), daß die alte deutsche Devise Die Frau gehört ins Haus! ein »Eckpfeiler der christlich-abendländischen Kultur« sei. Daß die Frauen zu den eindeutigsten Verlierern der deutschen Einverleibungspolitik der letzten fünf Jahre gehören, wird wohl nur noch von Blinden oder Verblendeten oder von denjenigen bestritten, die dafür verantwortlich sind.

Unter solchen Voraussetzungen darf ein Buch, das die Gleichberechtigungs- bzw. Gleichstellungsproblematik zwischen den Geschlechtern in die allgemeine Freiheits- und Gleichheitsproblematik samt deren historischer Dimension einordnet, fachübergreifende Aufmerksamkeit wohl erwarten.

Bei ausgewiesener Mitarbeit von A. Suhr, M. Malunat und M.W. Hebeisen bietet D. Majer in einem ersten Teil (S. 13-90) außer Allgemeinerem zum soziologischen und zum juristischen Gleichheitsbegriff, zu sozialer, politischer und Rechtsgleichheit sowie zum Gleichheitssatz im Hinblick auf die Gleichberechtigung der Frau die Problementfaltung von der Antike über die Aufklärung bis zur Gegenwart sowie die verfassungsrechtliche Kodifikationsentwicklung der Gleichheit vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis hin zum BRD-Grundgesetz. Merkwürdigerweise ist zwar (S. 72) der die Gleichberechtigung von Mann und Frau fordernde Art. 3 des UNO-Bürgerrechtspakts, nicht aber der Artikel 3 des UNO-Sozialpaktes von 1966 erwähnt und schon gar nicht die wesentlich präzisere UNO-Convention on the Elimination of all

Forms of Discrimination against Women von 1979 und das ILO-Übereinkommen Nr. 100 über den gleichen Lohn für männliche und weibliche Arbeitskräfte bei gleichwertiger Arbeit (in der BRD seit 1957 [!] in Kraft). In einem zweiten Teil (S. 91-133) wird die Rechtsstellung der Frauen im bürgerlichen Recht seit dem Spätmittelalter behandelt und in einem dritten Teil (S. 135-233) die Konnexität von Gleichheit und Freiheit in den Theorien des 17. bis unseres Jahrhunderts. Von den Sozialutopikern werden Morus, Winstanley, Babeuf und Weitling einbezogen. – Jeder Teil ist mit einem Literaturverzeichnis versehen (schade, daß ausgerechnet das von Hervé/Steinmann/Wurms in Köln 1994 herausgegebene »Weiberlexikon« übersehen wurde); ein Register fehlt.

Die Schrift ist vielschichtig angelegt und nicht leicht auf einen einheitlichen Nenner zu bringen. Ihre Struktur ist nicht durchsichtig, zumal Stoffwiederholungen immer wieder vorkommen. Obschon die Autorin Juristin ist – ihre bisher bedeutendste Leistung ist eine Analyse der imperial-rassistischen Gesetzgebung und Rechtspraxis Nazideutschlands (»Fremdvölkische im Dritten Reich«, 1981, 1034 S.) – reduziert sie die Freiheits-, Gleichheits- und Feminismusproblematik nicht auf ihre rechtlichen Aspekte. Insofern ist ihr Werk eine Fundgrube auch für all diejenigen, die aus historischem, philosophischem, ideologiegeschichtlichem oder politikwissenschaftlichem Interesse sich einer der ungelösten Fundamentalfragen der Gegenwart nicht zu entziehen bereit sind.

In einer Zeit, die unter Verletzung der Grundgesetzordnung der BRD durch deren Herrschende der Sozialstaat vom Rechtsstaat abgekoppelt, limitiert und liquidiert zu werden droht, sind insbesondere die Gedanken über die notwendige Abhängigkeitsbeziehung zwischen Freiheit und Gleichheit (S. 226f.) von aktuellem Interesse. Völlig richtig wird herausgearbeitet, daß Freiheit nicht Beliebigkeit bedeutet; da einem jedem die gleiche Freiheit zusteht, sei der Freiheitsidee der Gleichheitsidee immanent (S. 226).

Die rationale Koordination von Freiheit und Gleichheit gehört freilich zu jenem Einfachen, das schwer zu machen ist. Dabei der Freiheit als Leitidee, die Gleichheit als Konkretions-

idee zu subordinieren (S. 228), vermag der Rezensent nicht nachzuvollziehen. Wenn die Antagonismen der Weltgesellschaft von heute denjenigen bewußt werden, denen nicht die Sonnenseite innerhalb der Macht-/Ohnmacht-Struktur, der Reichtum/Armut-Struktur zuteil wurde, werden Freiheit und Gleichheit wohl eher identifiziert werden.

Alles in allem ein anregendes Werk, zudem ein Fremdkörper innerhalb des herrschenden Meinungsspektrums, für das die ehernen Gesetze des Warenmarktes der Gleichheit nur eine auf die Zirkulations- und Politsphäre beschränkte Rolle zuzubilligen bereit sind.

HERMANN KLENNER

Luis Corvalán:  
Der Zusammenbruch  
der Sowjetmacht,  
Dietz Verlag Berlin 1995,  
221 S. (29,80 DM)

Vorliegendes Buch ist die deutsche Übersetzung eines bereits 1993 in Santiago de Chile erschienenen Buches, das vom Autor mit einem im Februar 1995 für den deutschen Leser geschriebenen Vorwort ergänzt wurde.

Eine solche Wortmeldung verdient Beachtung, ist der heute 80jährige Corvalán doch eine der historischen Persönlichkeiten der lateinamerikanischen und internationalen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert. Er war seit Ende der dreißiger Jahre in der Führung der Kommunistischen Partei Chiles und seit 1958 als ihr Generalsekretär tätig. Er war einer der Architekten der Linksinregierung unter dem legendären Salvador Allende (1970-73), die durch blutigen Verfassungsbruch gestürzt wurde. Von der Militärdiktatur Pinochets bis Dezember 1976 ins Gefängnis geworfen, verkörperte Corvalán eine der Symbolfiguren des Widerstandes und der internationalen Solidarität mit Chile. Nach sechs Jahren Exil in Moskau lebt er seit 1983 wieder in Chile.

In einer Mischung von Reportage und Analyse bietet Corvalán seine Sicht auf die Umstände, die zum Untergang der Sowjetunion und des sozialistischen Lagers in Osteuropa

führten.

Corvalán hat lange geschwiegen und es sich nicht leicht gemacht. Obwohl ihm die Zeit noch nicht reif für ein endgültiges Urteil erscheint, ist er sich der Notwendigkeit wie Schwierigkeit einer umfassenden Analyse der Dinge bewußt. So will er »nicht wie ein Allwissend von oben herab über das Geschehene sprechen«, er mag auch »die Partei, der ich seit über 60 Jahren angehöre, nicht verunglimpfen« (S. 16, 18). Er will seinem Volk eine Erklärung geben über »Phänomene, in die wir verwickelt waren« (S. 18).

Corvalán ist bemüht, in einigen Kapiteln »Die Wurzeln des Übels« (S. 57f.), »Die Todsünden« (S. 99f.) und »Die Hauptverantwortung« (S. 113f.) zu ergründen. »Man muß erkennen«, so sein Fazit, »daß die KPdSU die Hauptschuld am Zusammenbruch des Sozialismus in dem Land und in Osteuropa trägt, denn letztlich löste sie sich vom Volk und hörte auf, eine wirklich kommunistische Partei zu sein, und verwandelte sich in einen Machtapparat, in ein bürokratisches Gebilde, das nichts von den Mißständen bemerkte, die in der Gesellschaft und in ihren eigenen Reihen um sich griffen, oder wenn sie es bemerkte unfähig war, sie erfolgreich zu bekämpfen.« (S. 9, 113, 114). Den Sozialismus hält er nicht für tot und gescheitert, sondern nur eine bestimmte Art von Sozialismus. Die Ursachen liegen für Corvalán weder in der kommunistischen Ideologie, der avantgardistischen Parteikonzeption Lenins noch der Sowjetmacht an sich, sondern in sich über Jahre – in Verbindung mit einem widrigen historischen Umfeld – häufenden Fehlern und Irrtümern, wie die Zentralisierung und Verewigung der absoluten Machtausübung der Partei, die Negation des politischen Pluralismus sowie Dogmatismus und Enge des Denkens. Von daher kommt es auch für ihn beim Aufbau des Sozialismus in der Eigentumsfrage zu »gravierendsten und negativsten Verformungen« (S. 99f.): die Gleichsetzung von weitgehender Verstaatlichung der Produktionsmittel mit Vergesellschaftung und Sozialismus.

Trotz aller Deformationen, Verfälschungen und Verbrechen beim Aufbau des Sozialismus sieht Corvalán große Verdienste der UdSSR in der Waagschale der Geschichte liegen:

Nachweis der Möglichkeit einer Gesellschaft ohne Ausbeutung, Überwindung der Rückständigkeit eines Volkes im Laufe eines Menschenalters, die Ermutigung für den antikolonialen Befreiungskampf, ihr Einfluß auf die Anerkennung der sozialen Rechte der Arbeiter und die Rolle bei der Niederwerfung des Faschismus (S. 53).

Nicht zufällig umfaßt das Buch drei Kapitel, die die Deutschen betreffen: »Die geopferte DDR«, »Die Berliner Mauer« und »Der Pakt von 1939 und sein geheimer Wortlaut«. Corvalán war ein Freund der DDR und würdigt die von der DDR dem demokratischen Chile erwiesene Solidarität, ihren »zutiefst antifaschistischen Geist und ihre echte internationalistische Gesinnung« (S. 128). Für ihn wie viele lateinamerikanische Linke ist das Verschwinden und »die Auslieferung der DDR« durch Moskau besonders schmerzlich.

Corvalán verteidigt den Bau der Mauer mit Hinweis auf die Gefahr des Ausblutens und betrachtet das Grenzregime der DDR als »nicht ungewöhnlich in der Welt« (S. 140). Der Verweis auf ähnliche Praktiken an der Grenze USA – Mexiko oder das »Fluchtgesetz« der Pinochet-Diktatur kann wohl nicht als Maßstab sozialistischer Politik gelten. Allerdings fragt Corvalán, ob die SED und die DDR dreißig Jahre nach Mauerbau und Entspannung »mit dem notwendigen Gespür gehandelt haben« (S. 146) und betont, daß der Aufbau des Sozialismus nur auf Freiwilligkeit beruhen kann. Er findet zu Recht harte Worte für die Strafrechtsprozesse und den »Rachefeldzug« (S. 143) des deutschen Kapitalismus gegen Honecker und andere Politiker der DDR. Grundsätzliche Kritik an der Verantwortung Honeckers und der Führung der SED für das Scheitern des Sozialismus in der DDR wird der Leser nicht finden.

Die Ausführungen über die Haltung zur Sowjetunion und die Beziehungen zur KPdSU verdeutlichen zweierlei. Erstens das schwere Erbe des Stalinismus und der scheinbar bedingungslosen Loyalität der KP Chiles, zählte sie doch zu den treuesten Verbündeten der UdSSR. Corvalán räumt Irrtümer und Fehler ein, vor allem, die Haltung der KPdSU in internationalen Fragen (Einstufung Titos als »Abweichler«, sowjetische Interventionen in Ungarn, der CSSR und Afghanistan) unkri-

tisch zur eigenen gemacht und die Krise des real existierenden Sozialismus nicht ernst genommen zu haben (S. 150). Zum anderen besteht er wohl zu Recht darauf, daß die 1922 aus einer Umbenennung der 1912 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei hervorgegangene KP Chiles von ihren Wurzeln her und in der nationalen Politik überwiegend eine »authentische, autochthone Partei« war mit dem Bestreben, »einen eigenen Weg zum Sozialismus zu beschreiten«, wofür seit den fünfziger Jahren die Strategie des »friedlichen Weges der Revolution« stand (S. 153f.).

Der Einfluß des Südamerikabüros der Komintern und der »Direktiven für die Bolschewisierung der KP Chiles« von 1926 scheinen uns mit »keine größere Bedeutung« (S. 168) nicht ausreichend erfaßt, träumten doch damals auch chilenische Kommunisten von der Errichtung einer Sowjetmacht und sprachen überzeugt vom Marxismus-Leninismus-Stalinismus. Die von Corvalán selbst aufgeworfene Frage »Warum ich nicht früher gesprochen habe« (S. 191) und die verhängnisvollen Irrtümer und Haltungen in der Geschichte der Kommunisten hängen mit dieser Bolschewisierung untrennbar zusammen, wenn er schreibt: »Wir setzten eine Brille auf. Das war unsere Mentalität, die kommunistische Mentalität... Die Haltung zur Sowjetunion war der Prüfstein der Revolutionäre. Das bedeutete fast eine Sentenz, ein strikt zu befolgendes Rezept..., darum bemächtigte es sich des größten Teils der blind vertrauenden kommunistischen Parteien« (S. 198). Seine Rechtfertigung dieser Generallinie als »korrekt« und »Ausdruck eines Klassenstandpunktes« (S. 193) zeigen die noch bestehenden Schwierigkeiten im Umgang mit der eigenen Geschichte.

Seine Sympathie gilt jenen, die der revolutionären Theorie des Marxismus« treu bleiben, die harten Lektionen kritisch annehmen und die Fahne des Sozialismus hochhalten (S. 213f.).

Das Buch ist die ehrliche, selbstkritische und um Differenzierung bemühte Erklärung eines alten Kommunisten, allerdings ohne in der Ursachensicht des Zusammenbruchs tief genug zu loten.

STEFFEN FLECHSIG

Thaddeus Wittlin:  
Eine Klage für  
Dagny Juel-Przybyszewska.  
Biographie.  
Mit zahlreichen Fotos und Dokumenten.  
Aus dem Amerikanischen von  
Astrid Kalz und Barbara Meyer  
(Kölner Arbeiten zur  
Jahrhundertwende Bd. 7),  
Igel Verlag Paderborn 1995,  
280 S.

Nach einer Liebesbeziehung zu dem drei Jahre älteren Edvard Munch – den sie schon als 15jährige im Haus ihres Vaters kennengelernt hatte – und einer sehr kurzen Affäre mit Strindberg heiratete Dagny Juel 1893 in Berlin den Polen Stanislaw Przybyszewski, genannt Stachu, seines Zeichens Schriftsteller und bekennender Alkoholiker, der ihr und den gemeinsamen Nächten in der ekstatisch-hymnischen Prosa seiner »Totenmesse« huldigte.

Geboren 1867 als zweite von vier Töchtern eines wohlhabenden norwegischen Arztes auf dessen ländlichen Anwesen Rolighed (»Ruhe«), hatte die rothaarige Dagny, die durch ihr impulsives und unkonventionelles Benehmen ihren Eltern Grund zur Sorge gab, ein Jahr in einem strengen Erfurter Mädchenpensionat verbracht, in dem sie indes nicht gebessert worden war. Begabt für Musik und Literatur, ließ sie sich als Pianistin ausbilden – ihr Examen bestand sie an der Akademie in Berlin. Außerdem schrieb und übersetzte sie. Von ihren Texten ist heute praktisch nichts mehr bekannt, schon gar nicht außerhalb Norwegens; damals verglich sie ein entzückter Kritiker mit Tschschow.

Dagny, die mit ihrer Bindung an einen Mann mehreren andern das Herz brach, soll gescherzt haben: »Stachu und ich haben geheiratet, weil die Heiratserlaubnis nur eine Mark kostet, und heute morgen hatten wir gerade eine Mark.« Ein zwingenderer Grund bestand darin, daß August Strindberg seine ehemalige Geliebte verfolgte und hoffte, sie als Prostituierte verhaften lassen zu können.

Dagny hieß nun »Ducha« Przybyszewska. »Ducha« (Seele) – so nannten sie ihr Mann

und ihre Freunde. Przybyszewskis Werk »Totenmesse« erzielte Kritikerlob und wurde zum Skandalerfolg unter den deutschen Intellektuellen. Stachu und Ducha wurden König und Königin der deutschen Bohème.

Edvard Munch war einer der wenigen wirklichen Freunde Dagnys. Er nannte sie eine »reine, freie Frau«: »Sie war eine Erfrischung für uns Künstler in unseren Kämpfen und unserer Armut sowie die beruhigende Seele und die Quelle unserer Inspiration.« 1893 malte er ein lebensgroßes Porträt von ihr.

Der Biograph ergeht sich darüber wie folgt: »Es drückte Munchs gesamte Liebe für Dagny aus. Mit süßem weißen Gesicht unter ihrem goldenen Haar stand sie da vor einem dunklen Hintergrund, ihre blauen Augen etwas verschlafen, als sei sie gerade aus einem schönen Traum erwacht, die scharlachfarbenen Lippen schwellend und leicht geöffnet, zum Küssen bereit.«

Das Bild, eine kühne Komposition, ist zum großen Teil mit grobem Strich gemalt. Dagnys Gestalt in dunkelblauem Kleid hebt sich kaum vom dunkelblauen Hintergrund ab. Ihre nur angedeuteten Unterarme sind vor dem Bauch und hinter dem Rücken verschränkt, die Hände nicht zu sehen. Den einzigen Kontrast zu dem großen düsteren, länglichen Viereck des Gemäldes bildet das Helle von Gesicht und Hals. Intelligent, wach, verschmitzt, selbstbewußt, nicht ohne Schwesterliche Zärtlichkeit schaut die Frau den Betrachter an. Eine Frau, wie man sie aus russischen Romanen des 19. Jahrhunderts zu kennen glaubt. Man meint sie unter den Narodniki zu sehen oder unter den russischen Studentinnen, vielleicht in den marxistischen Zirkeln des Jahrhundertbeginns.

Auch Munchs berühmte »Madonna« trägt Dagnys Züge und ist ähnlich dargestellt wie ihr Porträt: mit nach hinten gedrehten, kaum sichtbaren Armen, ohne Hände, ganz Rumpf und Gesicht. Diese Madonna, die Inkarnation der Hingabe, der Entrückung und des Vergehens, soll eine Frau im Moment der Empfängnis zeigen. Wem ist sie hingegeben: einem Mann – oder einem Traum, einer Idee?

Ein geschwungener roter Streifen über ihrem schwarzen Haar läßt sie wie die französische Marianne mit Jakobinermütze, das Symbol der Revolution, aussehen. Ihr Leib

leuchtet, verstrickt in ihrem langen Haar wie ein Fisch in einem schwarzen Netz, dem Netz des Todes. Ihr Gesicht ist totenblaß, ohne Farbe, im schwarzen Schatten ertrinken schon ihre Augen.

Dagny wurde nur 33 Jahre alt. Sie überlebte das 19. Jahrhundert um ein paar Monate.

Ein Verehrer ihrer Schönheit und der morbiden Bücher ihres Mannes erschoss sie und dann sich selbst in einem Hotel in Tiflis. Zu dieser Zeit stand sie Stachu, der sich neu verliebt hatte, bereits im Wege. Ihr Tod war nach Ansicht ihres Biographen das Resultat eines Verbrechens, angestiftet von ihrem Mann und ausgeführt von einem seiner Anhänger.

Aber ihr tragisches Ende war doch unvermeidlich, ihr früher Tod in gewisser Weise tatsächlich Erlösung: von einem Leben, das sie auftrieb, von einer Rolle als Idol, der sie auf Dauer nicht gewachsen sein konnte, von einem Mann, der sie benutzt, ausgeleert hatte und sich nun über ihre Abhängigkeit von ihm hinwegsetzte, wie er es bei allen Frauen vor und neben ihr getan hatte.

Robert Musil meinte 1929 über »die Frau gestern und morgen«: »Das, was man die neue Frau nennt, ist ein etwas verwickeltes Wesen; sie besteht mindestens aus einer neuen Frau, einem neuen Mann, einem neuen Kind und einer neuen Gesellschaft.«

Der polnisch-amerikanische Biograph Dagny Juels, Thaddeus Wittlin, hat diese Verwicklung nicht verstanden. Wie in einem schlechten Drehbuch hat er die Rollen festgelegt. Dagny ist kein Mensch mit Schwächen, Problemen und inneren Widersprüchen, sondern eine tragische Heldin ohne Fehl und Tadel; ihr Mann ist ein Scheusal, und die Zeichnung der übrigen Figuren ergibt sich aus ihrer Position zu diesen beiden Polen. Beiden wird die vereinfachte Sicht nicht gerecht.

Geschichtliche und gesellschaftliche Hintergründe deutet Wittlin nur nebenbei und oberflächlich an. Selbst sein Versuch, die Auseinandersetzung seiner Heldin mit den Konventionen ihrer Zeit darzustellen, scheitert in dem Augenblick, da er selbst seinen Klischees unterliegt, vor allem einem Frauenbild, das sich durch nichts von den anachronistischen Vorstellungen unserer Vorfahren unterscheidet.

Über Munchs Gemälde »Die Frau in drei Stadien«, auf dem er Dagny zu erkennen meint, schreibt er etwa: »(...) dann steht sie schamlos völlig nackt mit geöffneten Beinen da, zeigt frech ihren Bauch, die Arme hinter dem Kopf, und schaut dem Betrachter direkt in die Augen mit dem zynischen Lächeln einer Hure, die ohne jegliches Gefühl für die geistige Liebe die Männer in ihr Bett einlädt«. Das Bild zeigt lediglich eine lebensfrohe, wenngleich stark geschminkte, nackte junge Frau.

Dagny als emanzipierte Frau vorzuführender Emanzipation nicht nur darin bestand, mit mehreren Männern zu schlafen, mißlingt Wittlin ebenfalls.

Sie soll 1893 in Berlin, wo sie in ihrer möblierten Wohnung in der Luisenstraße einen literarischen Salon unterhielt, die Idee gehabt haben, die Zeitschrift PAN zu gründen. Dort und in anderen Zeitschriften veröffentlichte sie eigene Texte und Übersetzungen. Aber ihre Beiträge werden nicht einmal in der Bibliographie genannt. Wo man sie, beiläufig bemerkt, unter ihrem Namen Juel-Przybyszewska vergebens sucht. Sie steht unter ihrem Mann, als Przybyszewska-Juel. Genaueres über ihr Werk erfährt der Leser aus der Biographie sowieso nicht. Und ihr Leben, ihre Ansichten?

In den umfangreichen Anmerkungen, 1089 an der Zahl, für 280 Seiten, sind ganze fünfzehn Briefe Dagnys verzeichnet, sonst nichts, kein Gedicht, keine Zeile von ihr. Jedoch, da sich der Verfasser nicht an ein einheitliches Zitierverfahren hält, kommt es vor, daß einige Briefe oder Texte von ihr in den Anmerkungen nicht mit ihrem Namen belegt sind.

Wittlin geht nur an einer Stelle ausführlicher auf das Werk Dagnys ein.

Er erzählt den Inhalt dreier kurzer Dramen, die sie 1897 schrieb. In der Fußnote führt er nicht Ort und Datum der Veröffentlichung, sondern Briefe ihres Ehemanns an (die er nicht zitiert). Es versteht sich von selbst, daß bei einem solchen Vorgehen Anmerkungen überflüssig werden.

Wenn der Autor detailliert beschreibt, wie Dagny zum ersten Mal ihren Freund Munch in dessen Atelier besuchte, wie es dort aussah und was geschah, beruft er sich in der Annotation allein auf Munchs Bild »Der Tag

danach«. Bekanntlich sind dort vom Atelier nur das Bett und ein Stück vom Tisch zu sehen.

Eine andere, häufig auftauchende, Anmerkung lautet: »nach einer Photographie«. Um welches Foto es sich dabei jeweils handelt, wird nicht gesagt.

Grundlage der Biographie sind in erster Linie Werk und Briefe Przybyszewskis und die zahlreich veröffentlichten Erinnerungen der Zeitgenossen, deren Äußerungen oft so euphorisch und unkritisch sind, daß Zweifel an ihrer Glaubwürdigkeit auftauchen; sie gegeneinander abzuwägen, gibt sich der Biograph keine Mühe, sondern untersetzt mit ihnen lediglich seine sentimental Vorurteile.

Auch aus einigen Archiven hat sich Wittlin Material besorgt oder besorgen lassen: in erster Linie Zeitungsausschnitte, die unkritisch wiedergegeben werden, und ein paar Briefe, darunter aus dem Munch-Museum Oslo, dem Vigeland-Museum, Oslo, und der Biblioteka Narodowa, Warschau. Besonders zu Dank verpflichtet ist er einem polnischen Sammler, Prof. Helsztynski, der offenbar einiges Material über Dagny Juel besitzt, aber vorsichtig genug war, es nur in Auszügen herzugeben. Gar keinen Dank stattet Wittlin dem Deutschen Literaturarchiv Marbach ab, obwohl er mehrmals von dort stammende Briefe (aus dem Nachlaß des Barons Bodenhausen) zitiert. Andererseits vernachlässigt er ohne Begründung die übrigen Marbacher Bestände, in denen Briefe Przybyszewskis und eventuell Angaben über ihn zu finden sind, wie die Nachlässe von Cäsar Flaischlen, Harry Graf Kessler und Willi Seidel.

Der Titel der Biographie und der Verlagskatalog versprechen »zahlreiche Fotos und Dokumente«. Einige Fotos enthält der Band tatsächlich. Die Abbildungsqualität ist schlecht, einige der abgebildeten Personen sind unkenntlich.

Daß Wittlin – laut Klappentext einer der besten heutigen polnischen Schriftsteller (armes Polen!) – in einem unerträglichen Stil schreibt, unermüdlich Klischee an Klischee reiht, dürfte aus den wenigen Zitaten bereits andeutungsweise hervorgegangen sein.

Zusätzlichen Ärger verursacht die Über-

setzung. Im englischen Manuskript des polnischen Autors sind »teilweise Texte durch zwei Sprachen ins Englische übertragen« worden, nämlich etwa deutsche Briefe Przybyszewskis, die Helsztynski für Wittlin ins Polnische, dieser wiederum ins Englische brachte.

Die beiden Übersetzerinnen sahen sich der Notwendigkeit gegenüber, die deutschen Originale zu suchen und in ihr Manuskript aufzunehmen. »Aus verschiedenen sachlichen Gründen« entschlossen sie sich, auf diese Anstrengung, die sie mindestens ein Jahr gekostet hätte, zu verzichten. Folglich sieht sich der Leser mit deutschen Briefen konfrontiert, die nacheinander in zwei Sprachen und dann wieder ins Deutsche übersetzt wurden.

Dafür ist »die innere Textlogik« des Manuskripts von Thaddeus Wittlin erhalten geblieben, was angesichts dessen überschäumenden literarischen Talents wahrhaft erfreulich und ein wohltuender Ersatz für die lächerliche Prosa ist, die man ansonsten hätte lesen müssen.

Von Übersetzerinnen, die das Präteritum der dritten Person Sn. von »beschwören« statt »beschwor« »beschwor« heißen lassen, erwartet man auch nicht, daß sie den dänischen Schriftsteller Jacobsen kennen oder im Lexikon suchen. Seine im Text öfter erwähnte Heldin Marie Grubbe, Vorbild Dagnys, bleibt demzufolge die Polin, zu der sie der polnische Biograph noch mit einigem Recht gemacht hat: Marya.

Daß das Buch kein Namensregister aufweist, geht wahrscheinlich zu Lasten des Herausgebers, der das Manuskript von Wittlin, das von ihm erstveröffentlicht wurde, in einer Reihe mit dem bedeutsamen Namen »Kölner Arbeiten zur Jahrhundertwende/Literatur- und Medienwissenschaft« erscheinen ließ und ihm damit ein wenig Glanz verlieh.

Im selben Verlag soll in diesem Jahr eine Zusammenstellung von Briefen und Texten der sonderbaren, faszinierenden Frau erscheinen. Die Bewertung ihres literarischen Talents und ihrer Persönlichkeit wird dadurch erleichtert werden.

CRISTINA FISCHER

Hans Arnold:  
Europa am Ende?  
Die Auflösung von EG und NATO,  
Piper München-Zürich 1993,  
220. S. (17,90 DM)

Hans Arnold:  
Deutschlands Größe.  
Deutsche Außenpolitik zwischen  
Macht und Mangel,  
Piper München-Zürich 1995,  
192 S. (18,90 DM)

Gern bürstet er gegen den Strich, der einstige Berufsdiplomat und heutige unruhständlerische Publizist Hans Arnold. Er ist ein Gegenstück zum idealtypischen bayrischen Hinterwälder: weltoffen, gewandt, sozialdemokratisch. Seit einigen Jahren schreibt er gegen den konservativ-nationalistischen Zeitgeist an und legt ausgewogene, in kein Klischee passende Bücher zu deutscher und europäischer Außenpolitik vor. Die hier zu besprechenden Schriften sind nur scheinbar unterschiedlichen, tatsächlich aber eng verbundenen Themen gewidmet: Europa und Deutschland nach dem Zusammenbruch der bipolaren Welt auf der Suche nach neuen Bezugspunkten, Einbindungen und Zielen.

Mit dem Bruch von 1989/90 und dem Ende der Sowjetunion 1991 sieht Arnold eine gänzlich neue Lage in Europa. Die Strukturen des Kalten Krieges müssen endlich überwunden werden, vor allem aber: »Europa muß wieder europäisiert werden« (Europa/S. 11). Das ist für ihn keineswegs nur eine Aufgabe Osteuropas, sondern ebenso Westeuropas. Denn die dortigen bislang bestimmenden NATO und EU sind Kinder der Blockkonfrontation und trotz aller zaghaften Reformversuche in deren Denk- und Handlungsmustern verfangen geblieben. Für Arnold bedeutet diese Europäisierung auch die zielgerichtete Neudefinition Europas, abgekoppelt von den bisher bestimmenden – außereuropäischen – Mächten USA und Rußland (einschließlich aller nichtbaltischen SU-Nachfolgestaaten). Mag eine solche Sicht ihre Gründe haben, so bleibt aber dennoch fraglich, ob die hier vorgeschlagene

Ausgrenzung Rußlands (wie der Ukraine und Belarus) im Interesse europäischen Politik liegen kann. Denn zu stark sind die Bindungen, die realen wirtschaftlichen und militärischen Verflechtungen und erst recht Befürchtungen, als das ein solches Potential zu einer Außenmacht erklärt werden könnte. Kooperation und Einbindung auf gleichberechtigter Grundlage bei Anerkennung der jeweiligen Interessenlagen täten hier wohl eher not.

Mit Skepsis begegnet Arnold dem Stand der bislang vorrangig west-europäischen Integration. Er verweist auf die gleichzeitigen Prozesse der ökonomischen Deregulierung und der Entstaatlichung der Wirtschaft. Differenziert zeigt er die Schwachpunkte der bisherigen Einigungsbestrebungen nach Maastricht auf. Nicht allein der Souveränitätsverzicht mit der Wirtschafts- und Währungsunion 1999 sei problematisch. Vor allem fehlten sinnvolle Mechanismen des Interessenausgleichs für jene Staaten, die möglicherweise nach dem Beitritt die Kriterien nicht mehr erfüllen. Das Projekt verlange »Kraft und Stabilität der Wirtschaft«, die aber sind in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgeprägt. Es fehle zudem eine gemeinsame Finanz- und damit auch Haushaltspolitik, letztlich gehe all dies nicht ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Am Beispiel der Sozialpolitik (gleiches gilt für die Verbraucher- oder Umweltpolitik) bleibt kein Zweifel: »In der EG wird die Wirtschaft vergemeinschaftet und bleibt das Soziale national«. (Europa/S. 94) Insofern sieht der Autor im »Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion ... (den) halbherzig und hektisch unternommene(n), widersprüchliche(n) und unzureichende(n) Versuch, die fest gezogenen Grenzen für das in der EG Mögliche zu überschreiten. Er kann eigentlich nur scheitern.« (Europa/S. 88) Die fehlende unmittelbare demokratische Gestaltungsmöglichkeit für den Souverän setzt dem nur die Krone auf.

Bei einer solch pessimistischen, aber sehr realen Sicht auf den wenig demokratischen und potentiell sozialreaktionären Charakter der Einigung ist der Verweis auf die keineswegs schwindende Rolle der Nationalstaates verständlich. Arnold hält die Abschaffung des Nationalstaates in der heutigen Form der Integration durch Souveränitätsverzicht in Rich-

tung Union und Regionen für illusorisch. Dem Nationalismus, den Arnold ablehnt und für gefährlich hält, ist so nicht beizukommen. Vielmehr erhält der gar dreifach neue Chancen: »im Nationalstaat in alter Form als Reaktion auf die Entmachtung, in den Regionen in neuer und in besonders vielfältiger und engstirniger Weise als regionaler Nationalismus und schließlich auf der obersten Ebene in Form eines Euronationalismus« (Europa/S. 38)

Vor diesem Hintergrund plädiert Arnold für den Nationalstaat, in dem am ehesten auf demokratischer Grundlage Menschen- und Bürgerrechte zu garantieren sind. Gleichzeitig, hier ist der Diplomat unverkennbar, ist der Nationalstaat »international für eine kooperative Weltordnung unverzichtbar ... Denn der Nationalstaat ist die einzige universal legitimierte und akzeptierte Organisationseinheit«, sonst ist »chaotische Systemlosigkeit« vorprogrammiert. (Europa/S. 36f) Dem ist angesichts heutiger Wandlungen wohl nur zuzustimmen, denn in realistischen Zeiträumen und Zielsetzung bleibt zunächst allein auf dieser nationalstaatlichen Basis ein möglich sozialer Verteidigungs- und alternativer Gestaltungsraum, ohne allerdings – und das will auch Arnold nicht – ein internationales Zusammengehen aufzugeben. Vielmehr wird es für demokratische Wandlungen, für das Ringen linker Bewegungen und die Aktionen der Gewerkschaften unverzichtbar sein.

Altbundesdeutsche (West-)Europa-Politik hat sich für Arnold bis 1989 nur unter den Vorzeichen des Systemkonflikts bestimmt. Westblockbindung, später Hallstein-Doktrin, aber auch neue Ostpolitik und schließlich Genscherismus waren immer Versuche, die bundesdeutschen Interessen mittels europäischer Strukturen durchzusetzen. Mit dem Ende der Blockkonfrontation haben sich hier die Voraussetzungen geändert.

In Deutschland besinnt sich die Rechte nun ohne frühere Rücksichten auf einstige Macht und Größe, die Gefahr einer neuen militärisch abgesicherten Großmachtrolle wächst. Besonderheit der für den Nationalismus neben wirtschaftlicher und militärischer Stärke ausschlaggebenden nationalen Identität ist zweierlei: Das Berufen auf die *jus sanguinis*, die blutbestimmte Volkszugehörigkeit und die

»Offenheit nach Osten« als Charakteristikum. (Deutschland/S. 90) Deshalb ist es Arnold wichtig, den sich vollziehenden Trend zur Militarisierung deutscher Außenpolitik zu durchbrechen. Er setzt auf eine nicht-machtpolitisch und nicht-militärpolitisch bestimmte deutsche Außen- und Sicherheitspolitik: »in Europa die Orientierung auf eine konsequente Verwirklichung eines europäischen Deutschland im Rahmen einer europäischen Einigung; in der Weltpolitik die Orientierung auf eine konsequente Entwicklung Deutschlands zu einer Zivilmacht« (Deutschland/S. 192)

Und dieser Zielrichtungen entsprechen Arnolds Vorstellungen auch für Europa und die Weltgemeinschaft. Nicht einseitig dominierte Bündnisse und der Vorrang gewaltsamer Konfliktregulierung sind sein Ziele, sondern das gleichberechtigte Zusammenwirken. Insofern sind Diskussionen um Vertiefung oder Erweiterung etwa der EU für ihn weniger Fragen nach Vormachtstellungen, sondern nach Einbindungen zur gemeinsamen Lösung anstehender Probleme. Verständlich, daß unter diesen Vorzeichen Skepsis hinsichtlich einer »Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik« angemeldet wird und eher Sympathien für ein Zusammenwirken in KSZE/OSZE-Strukturen erkennbar sind, auch wenn er im Sinne seiner gegen beide Supermächte gerichteten Überlegungen diese Struktur reformieren will. Aber nur solchermaßen demokratisierte Strukturen in Europa wären ein Beitrag, um die, wie er es nennt, »kolumbianische Weltordnung«, d.h. die Nord-Süd-Spaltung mit dem Vormachtstreben des reichen Nordens, zugunsten eines gleichberechtigtem, friedlichen Zusammenlebens aufzubrechen.

Arnolds Überlegungen sind wertvolle Anregungen fern von ideologischen Dogmen. Für die Konzipierung realisierbarer linker Alternativen heute bieten sie Stoff für eine sachliche, um Konsens bemühte Diskussion über parteipolitische Grenzen hinweg. Dieses Angebot sollte angenommen werden.

STEFAN BOLLINGER



Jens Hölscher, Anke Jacobsen,  
Horst Tomann, Hans Weisfeld (Hrsg.):  
Bedingungen ökonomischer  
Entwicklung in Zentralosteuropa,  
Bd. 4: Elemente einer  
Entwicklungsstrategie,  
Metropolis-Verlag Marburg 1996,  
191 S.

Mit dieser Publikation setzen die Autoren ihre Präsentation von Forschungsergebnissen zu den wirtschaftlichen Folgen des Systemwandels in den zentralosteuropäischen Staaten Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn fort. Während die ersten beiden Bände (vgl. »UTOPIE kreativ« 45/46 und 47/48) eine Bestandsaufnahme des wirtschaftlichen Umbruchs und deren kritische Diskussion durch ost- und westeuropäische Wissenschaftler boten und der dritte Band empirische Feldstudien beinhaltet, zieht der nunmehr vorliegende vierte Band Bilanz über die bisherige theoretische Leistung dieses Forschungsprojektes. Ziel dieser Arbeit ist es, so die Herausgeber im ersten Band, S. 12, »ein Konzept für erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung in Zentralosteuropa« zu formulieren. Ob dies mit dem vorliegenden schmalen Band bereits als gelungen anzusehen ist, soll dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall aber liefert diese Arbeit eine Fülle von interessanten Überlegungen und Ansätzen zur Transformations- und Entwicklungstheorie und setzt sich kritisch mit anderen theoretischen Auffassungen auseinander. Eine definitive Antwort auf die komplizierten Fragen des Transformationsprozesses kann nicht erwartet werden. Jeder Anspruch, der darauf zielt, muß zwangsläufig hinter den Erwartungen zurückbleiben. In bestimmtem Maße gilt dies auch für dieses Projekt, denn ein in sich konsistentes und allgemeingültiges Entwicklungskonzept für die Transformationsländer vermögen die Autoren nicht zu formulieren, wohl aber ausargumentierte Thesen und Theorieansätze, was schon mehr ist, als 1989/90 als Orientierungshilfe zur Verfügung stand.

In ihrem methodischen Vorgehen bewegen sich die Autoren in einem Widerspruch: Einerseits gehen sie davon aus, daß die Trans-

formationsökonomien »Übergangsökonomien« seien, »postsozialistische Ökonomien« mit einer »spezifischen Konstitution« (S. 9), andererseits vertreten sie aber den Standpunkt, daß für die Analyse der Transformation in Osteuropa eine »methodisch eigenständige Theorie nicht benötigt« wird (S. 12). Die Konsequenz dessen ist ein eklektisches Vorgehen: Der Transformationsprozeß wird aus der Sicht verschiedenster Theorien analysiert und interpretiert und das anvisierte Entwicklungskonzept stellt letztlich eine Deduktion entwickelter markt- und geldwirtschaftlicher Erklärungsmuster auf weniger entwickelte Ökonomien dar. Da keine ökonomische Theorie, weder die neoklassische noch die keynesianische, die schumpetersche ebensowenig wie die institutionalistische oder die evolutivische, die marxistische nicht und auch nicht die monetaristische, postkeynesianische usw., für sich in Anspruch nehmen kann, den Transformationsprozeß vollständig zu erklären, scheint dies gerechtfertigt. Ob sich auf diesem Wege jedoch stimmige theoretische Erklärungsmuster für die Veränderungen im Osten und Handlungsmaximen für die Wirtschaftspolitik ableiten lassen, bleibt eine offene Frage. Entsprechend abstrakt und unbestimmt bleiben dann auch viele Thesen in diesem Buch. Und da, wo die Autoren ganz konkrete und genau definierte Forderungen aufstellen, geht die praktische Politik andere Wege, wie zum Beispiel bei der Frage, ob eine Währungsreform durchgeführt werden sollte oder nicht. Ein Punkt, der übrigens symptomatisch ist für die Anlage dieses Buches.

Insgesamt umfaßt der Band vier Teile. Der erste Teil behandelt die Stabilisierungserfordernisse für eine Volkswirtschaft und die entsprechenden Aufgabenstellungen für die Wirtschaftspolitik. Die ökonomische Stabilisierung wird als entscheidende Voraussetzung für Entwicklung begriffen. Entwicklung wird keynesianisch als Ergebnis eines Akkumulationsprozesses mit stabiler Einkommensbildung aufgefaßt. Ein großer Teil der Ausführungen ist den unterschiedlichen Transformationsverläufen in den zentralosteuropäischen Staaten gewidmet, vor allem dem sehr differenziert einzuschätzenden Stabilisierungserfolg. Dabei wird die Tschechische Republik als positives Beispiel herausgestrichen,

während Ungarn viel Kritik einstecken muß. Sehr gut gelungen ist die Behandlung der Alt-schuldenproblematik. Insbesondere auch, was die Diskussion verschiedener Varianten ihrer Bewältigung anbetrifft (S. 45ff.). Weniger überzeugt dagegen die Argumentation zu den geldpolitischen Schwierigkeiten. Indem der Autor (Hans Weisfeld) den »ererbten Geldüberhang« (S. 28) als zentrale Ursache für die monetäre Instabilität in den Transformations-ökonomien ansieht, konstruiert er etwas, das den Modellannahmen entspricht, nicht aber der Wirklichkeit. Es bleibt sich gleich, ob man den »Geldüberhang« mit 10, 20 oder gar 50 Prozent ansetzt, eine Inflation von mehr als 500 Prozent, wie zum Beispiel 1990 in Polen, läßt sich damit gewiß nicht erklären. Auch für Ungarn geht die Argumentation fehl, denn hier gab es seit Mitte der 70er Jahre bekanntlich keinen Kaufkraftüberhang mehr, sehr wohl aber Inflation, seit 1989 in fast gleichbleibender Höhe.

Der zweite Teil ist mit »Integration und Entwicklung« überschrieben. Er behandelt Fragen der außenwirtschaftlichen Strategie der Reformstaaten und deren Chancen für eine Integration in die Europäische Union. Im Zentrum des theoretisch sehr anspruchsvollen Kapitels steht die Analyse wachstumstheoretischer Ansätze postkeynesianischer, klassisch-neoklassischer, neuer neoklassischer und kaldorianischer Provenienz. Vor allem letztere bieten Argumente für eine fundierte Kritik an der naiven Vorstellung, wonach ein weitgehender Freihandel die beste Voraussetzung für eine nachholende Entwicklung sei. Die Autorin, Anke Jacobsen, gelangt auf dem Wege vergleichender Analysen von Wachstumsprozessen im nationalen und internationalen Kontext zu einem eher gegenteiligen Ergebnis, das heißt, sie führt »kein allgemeines Plädoyer für Freihandel zur Unterstützung eines nachholenden Entwicklungsprozesses« (S. 65). Ihre Sicht in bezug auf die EU-Perspektiven der Reformstaaten bleibt vorsichtig-skeptisch. Alternativen zur bisherigen Politik entwickelt sie aber nicht.

Interessant ist der dritte Abschnitt des Buches, der sich mit der Privatisierung beschäftigt. Bis heute, sechs Jahre nach der »Wende«, ist das Eigentumsproblem in keinem Land Zentral- und Osteuropas (abgesehen von Ost-

deutschland) befriedigend gelöst. Dies ist Anlaß genug, neu darüber nachzudenken. Die hierzu von Jens Hölscher vorgetragene Position läuft auf eine Relativierung der Privatisierung als einer vorrangigen Aufgabe der Transformation hinaus. Wichtiger als die Schaffung privater Eigentumsrechte sei die Herstellung von »Bedingungen für unternehmerisches Handeln«, schreibt der Autor unter Bezugnahme auf Schumpeter (S. 15). Er übt damit vor allem Kritik an dem heute in der Theorie vorherrschenden property-rights-Ansatz. Die Privatisierung bewirkt vor allem durch die Entmachtung der Nomenklatura und die Etablierung einer neuen Eigentümerklasse die Unumkehrbarkeit des Transformationsprozesses. Eine »Initiation wirtschaftlicher Entwicklung« (S. 97) bedeutet sie jedoch kaum. Hölscher diskutiert die verschiedenen Varianten von Privatisierung, die Voucher-Methode, die Agentur-Privatisierung und die Liquidation. Anschließend prüft er diverse theoretische Konzepte hinsichtlich ihrer Privatisierungsvorstellungen: das neo-institutionalistische Konzept, den monetär-keynesianischen Ansatz und das evolutionäre Entwicklungskonzept. Indem unter diesem Blickwinkel dann die jeweils in den einzelnen Ländern abgelaufenen Prozesse untersucht werden, gelingt es dem Autor, sehr überzeugend bestimmte Defizite, Fehlentwicklungen und Entwicklungsprobleme aufzuzeigen. So zum Beispiel in bezug auf die in der Literatur so hoch gelobten Direktinvestitionen (S. 122) oder hinsichtlich der tschechischen Voucher-Privatisierung (S. 117).

Der vierte Teil befaßt sich zusammenfassend mit dem Strukturwandel in den Transformationsländern und mit Fragen der sozialen Absicherung desselben. Dabei gehen die Autoren (Horst Tomann und Oliver Scholz) von der Tatsache aus, daß sich für die meisten Menschen in den Transformationsländern die ökonomische Situation durch den Systemwechsel erst einmal rapide verschlechtert hat. Was zu beobachten ist, ist »ein durchgreifender Strukturwandel bei sinkendem Realeinkommen. Ein Akkumulationsprozeß, der die potentiellen Produktivitätsfortschritte realisiert und zu Realeinkommenssteigerungen geführt hätte, blieb zunächst aus...« (S. 173). Hinzu kommt das sozialpolitische Dilemma,

daß »die neu geschaffenen Institutionen der sozialen Sicherheit den gewohnten Anspruch auf umfassende soziale Sicherung, die der sozialistische Staat gewährte, nicht befriedigen können...« (S. 129). Vor diesem Hintergrund vollzieht sich der notwendige Strukturwandel als ein politisches Wagnis. Seine zeitliche Dimension und konkrete wirtschaftspolitische Ausgestaltung läßt sich nur länderspezifisch und situationsbezogen bestimmen. Dies setzt neue Maßstäbe für eine Entwicklungsstrategie, die so angelegt sein muß, daß der »Strukturwandel zum Tragen kommen« kann, »Hemmnisse, die ihm entgegenstehen« abgebaut werden, die »sozialen Auswirkungen dieses Strukturwandels« (S. 132) aber unter Kontrolle bleiben. Sehr prononciert schreiben die Autoren, daß sich der Strukturwandel ohne soziale Sicherung nur sehr »langsam oder gar nicht« (S. 172) durchführen läßt. Dieser Ansatz verspricht, ein Defizit in der bisherigen Forschung zu beheben, nämlich die Einbeziehung der sozialen Problematik des Systemwandels in den Kreis der zu diskutierenden Fragen. Es ist auch richtig, wenn die soziale Problematik als ein Transformationsproblem erfaßt wird und nicht, wie bei anderen Autoren, als eine bloße Folge planwirtschaftlicher Fehlkalkulation (S. 145). Man hätte sich diese Einsicht der Autoren auch in bezug auf die monetäre Problematik gewünscht! – Die anschließende Diskussion verschiedener Erklärungsvarianten und Argumentationen eröffnet die Möglichkeit, die soziale Problematik in ihrer ganzen Vielschichtigkeit zu sehen, ökonomisch, soziologisch, politisch, aber eben auch historisch und ethisch. Damit bestätigt sich einmal mehr die Auffassung, daß es sich bei dem Transformationsprozeß um einen komplexen Wandel der Gesellschaft handelt und nicht um das Auswechseln eines ökonomischen Mechanismus.

Im Anhang des Buches finden sich einige Tabellen mit makroökonomischen Indikatoren für die untersuchten Länder. Diese sollen die Argumentationen der Autoren unterstützen. In einigen Fällen jedoch sind die Statistiken dafür nicht geeignet: Zum Beispiel weist die Tabelle 5 Reallohnsteigerungen aus, die auf Basis der Produzenten- statt der Verbraucherpreise ermittelt wurden. Da beide Preis-

entwicklungen zum Teil erheblich voneinander abweichen, ist die Aussage der hier verwendeten Daten – zumindest für das vierte Kapitel – wenig von Nutzen. Ein ähnliches Problem stellt sich für die Tabelle 12b, wo der Verbraucherpreisindex mit langfristigen Bankkrediten in Beziehung gesetzt wird. Die Bevölkerung, als Adressat der Verbraucherpreise, erhält aber keine langfristigen Bankkredite und die Unternehmen messen ihre Realzinsen nicht am Konsumentenpreisindex.

ULRICH BUSCH

Günther Glaser (Hrsg.):  
 »Reorganisation der Polizei«  
 oder getarnte Bewaffnung  
 der SBZ im Kalten Krieg?  
 Dokumente und Materialien  
 zur sicherheits- und militär-  
 politischen Weichenstellung  
 in Ostdeutschland 1948/49,  
 Peter Lang Europäischer  
 Verlag der Wissenschaften  
 Frankfurt am Main 1995,  
 413 S. (98,- DM)

Das Buch »Reorganisation der Polizei« oder getarnte Bewaffnung der SBZ im Kalten Krieg«, durch das neue Erkenntnisse über den Aufbau der bewaffneten Organe (BO) in der SBZ/DDR vermittelt werden, ist eine verdienstvolle Arbeit. Daran ändert auch nichts, daß durch das Fehlen der Unterlagen der SMAD der Untersuchung größte Grenzen gesetzt sind. – Auch die Tatsache, daß Quellen aus der Alt-BRD und den westlichen Siegermächten nicht zur Verfügung stehen, behindert natürlich ein einigermaßen abgerundetes und vollständiges Bild (S. 16).

Der Wunsch des Autors, der Band möge zu einer sachlichen und differenzierten Neubefragung der Geschichte und Militärgeschichte – nicht allein der SBZ/DDR – beitragen, ist zwar richtig und verständlich, wird aber in einer Zeit der extrem arroganten Siegermentalität und Besserwisseri sicher unerfüllt bleiben. Das Buch könnte und würde damit das Schicksal anderer Werke teilen, un-

ter Umständen zu der vom Autor natürlich nicht unterstützten, westdeutscherseits aber intensiv gepflegten Auffassung beitragen, die ehemaligen DDR-Bürger wollten sich bloß rechtfertigen bzw. müßten für ihr Handeln vor den Altbundesbürgern Rechenschaft legen. Solange jedoch von dieser überheblichen Position nicht abgegangen wird und von dort auch keine Notwendigkeit gesehen wird, die eigene Geschichte kritisch aufzuarbeiten, wird der hohe wissenschaftliche Wert derartiger Veröffentlichungen für die objektive Beurteilung der neuen deutschen Geschichte leider viel zu wenig genutzt oder völlig ignoriert.

Die Einleitung hebt richtig die Rolle und Bedeutung des Kalten Krieges hervor, der bereits spätestens 1947 zu ernsten politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen in der SBZ führte und die Sowjetunion zum Handeln zwang. Daher ist es richtig, daß in der Einführung (S. 37/38) auch die Politik der Westmächte in dieser Zeit prinzipiell dargestellt wird, die durchaus nicht so friedliebend war, wie es heute immer wieder behauptet wird.

Interessant sind die Aufzeichnungen von W. Pieck über die Besprechung bei Semjonow am 5. Juni 1948 (S. 139). Auf die von G. Glaser auf S. 27 gestellte Frage, wer den Entschluß zur Schaffung der Bereitschaften tatsächlich gefaßt hat, fand sich mittlerweile als Antwort im Archiv des sowjetischen Außenministeriums (!) ein Beschluß der sowjetischen Regierung vom 2. Juli 1948 »Über die Verstärkung der deutschen Polizei in der SBZ Deutschlands«, demzufolge 10.000 Angehörige der allgemeinen Polizei zu kasernieren, mit »automatischen und anderen Waffen deutscher Herkunft« auszurüsten waren und die »eine reguläre militärische Ausbildung« erhalten sollten. Dafür sollten der SMAD 5.000 Soldaten und Unteroffiziere sowie 100 Offiziere und fünf Generale zur Verfügung gestellt werden, die aus deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischen Lagern nach besonderer Überprüfung auszuwählen waren. Die erforderlichen Waffen waren aus sowjetischen Beutebeständen zu entnehmen (Siehe Gerhard Wettig: Neue Erkenntnisse aus sowjetischen Geheimdokumenten über den militärischen Aufbau in der SBZ/DDR 1947-1952, in:

Militär-geschichtliche Mitteilungen, 53, 1994, S. 399-419). In diesem Zusammenhang muß mit Nachdruck die Forderung erhoben werden, die in den russischen Archiven vorhandenen Dokumente über die SBZ und die DDR endlich systematisch und uneingeschränkt für die wissenschaftliche Auswertung zur Verfügung zu stellen.

Der angeführte Beschluß der Sowjetregierung wurde exakt verwirklicht. Wenn – mit Recht – festgestellt wird, daß die Hälfte der Angehörigen der Territorialen Bereitschaften (TB) ehemalige Kriegsgefangene aus der Sowjetunion waren, die höchstwahrscheinlich spätestens im August dafür in der Sowjetunion von sowjetischen Offizieren ausgesucht worden waren, dann war dies in einer Zeit geschehen, in der die Sowjetunion die Entlassung der Kriegsgefangenen wieder einmal um ein Jahr, d.h. auf Ende 1949 verschoben und nur Kranke und Arbeitsunfähige entlassen hatte. Anfang Oktober 1948 erfolgte die Ausrüstung der TB mit dem Karabiner K 98, der Maschinenpistole MPi 44 und dem schweren Maschinengewehr 08 aus Beutebeständen der Sowjetarmee, die damit dreieinhalb Jahre nach dem Kriegsende erstmals Waffen in größerer Zahl an Deutsche ausgab.

Zuzustimmen ist der Charakterisierung der TB. Erst im März 1949 begann der militärische Charakter stärker hervorzutreten, allerdings immer noch im Rahmen der Kompanie (S. 28f.).

Eine zentrale Stellung hat in der Einführung des Bandes zweifellos der Abschnitt »Zur Notwendigkeit und Legitimität von Veränderungen auf dem Sicherheitsgebiet. Ergebnisse 1948.« (S. 37ff.) Der Gedanke, es sei zu überprüfen, welche Art, Struktur und Größe der BO für die SBZ tatsächlich erforderlich waren, ist jedoch nicht realistisch. Denn die Frage, welche Grundlagen zur Lösung dieser Aufgaben herangezogen werden könnten (S. 39), ist objektiv nicht beantwortbar.

Auch den »Abschließenden komplexen Betrachtungen« (S. 70ff.) kann man zustimmen. In ihnen nimmt der Autor eine analytisch-kritische Bewertung der Entwicklung und des Aufbaus der BO sowie der dabei zu beachtenden Ursachen und Zusammenhänge vor.

Allerdings ist er nicht immer der Gefahr

entgangen, die Realität von einem Ideal aus zu betrachten – wobei natürlich nicht übersehen werden kann und darf, daß die SED-Spitzen gerade immer die Herstellung idealer Zustände als Ziel ihrer Politik dargestellt haben. Zu beachten ist natürlich auch, daß überall und immer auf der Welt die herrschende Klasse, Person oder Partei sich bemüht, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden, die Macht zu erhalten und zu festigen, da macht auch der Vatikan keine Ausnahme.

Die Beurteilung der Entwicklung in der SBZ ist offensichtlich außerordentlich kompliziert: *Erstens*: Der Anstoß zu der gesellschaftlichen Entwicklung war nicht die Folge eigener Entscheidungen und Anstrengungen der Bevölkerung, sondern das Ergebnis der Niederlage des deutschen Faschismus und der Besetzung durch eine fremde Macht, durch die siegreiche Sowjetunion.

*Zweitens*: Die herrschende Siegermacht hatte völlig andere Vorstellungen von den gesellschaftlichen Notwendigkeiten als die westlichen Sieger- und Besatzungsmächte.

*Drittens*: Die gesellschaftliche Entwicklung in der SBZ/DDR führte zur Beseitigung der Herrschaft des Kapitalismus nur auf einem Drittel des deutschen Territoriums. Auf zwei Dritteln des deutschen Landes blieb dagegen die Herrschaft des Kapitals nicht nur ungeschoren, sondern erhielt durch die Verbindung mit den westlichen Siegermächten neue stabilisierende und fördernde Impulse (z.B. durch den Marshallplan). Immer stärker wurde auf die Annullierung der in der SBZ/DDR erlittenen Verluste hingearbeitet, was bis zum 3. Oktober 1990 fortgesetzt wurde.

*Viertens*: Mit der Währungsreform 1948 wurde der entscheidende Schritt zur Teilung Deutschlands und mit der völlig sinnlosen sowjetischen Blockade Westberlins 1948/49 ein weiterer Schritt zur Verschärfung des Kalten Krieges getan, in dem die beiden Teile Deutschlands eine wesentliche Rolle vor allem als Objekt spielten.

*Fünftens*: Mit der Etablierung des Kalten Krieges als bestimmendem Element der Weltpolitik und der zeitweilig nicht zu unterschätzenden Gefahr des Übergangs zum heißen Krieg gewannen West- und Ostdeutschland für die jeweilige Besatzungs-/Führungsmacht

wachsende Bedeutung in einer Reihe von Fragen: a) als Aufmarschterritorium, b) als Wirtschaftspotential, c) als Soldatenpotential, d) als Objekt des psychologischen Krieges. Daraus leitete sich die Notwendigkeit ab, das besetzte Territorium stets so zu beherrschen, daß es bei eventuellen Kampfhandlungen nicht zu Störungen usw. kommen konnte.

Es ist sicher nicht zu bestreiten, daß ab 1947, spätestens ab Anfang 1948, beide Seiten begonnen hatten, dem von ihnen besetzten Teil Deutschlands Aufgaben zur Unterstützung der Umsetzung ihrer globalen Interessen zu geben. Dazu gehörten auch Aufgaben militärischer Art.

Unter diesen Aspekten ist das Interesse der Sowjetunion an dem Aufbau militärischer BO in der SBZ/DDR auch höher zu bewerten als das der Ostdeutschen. Nicht unbeachtet darf dabei bleiben, daß die SED-Spitze sich zweifellos von eigenen Streitkräften ein höheres Gewicht gegenüber der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten versprach. Dabei hat sie sich bis zum Ende der DDR in dieser Hinsicht stets überbewertet.

Wenn der Autor schreibt (S. 73), daß es verfehlt wäre, die Umsetzung des sowjetischen Modells ausschließlich auf die Stellung der Sowjetunion als Besatzungsmacht zurückzuführen, dann hat er sicher recht; aber es dürfte schwer sein nachzuweisen, welche Alternative es zu den sowjetischen Vorstellungen gegeben hätte, abgesehen davon, daß die Geschichte aller Zeiten lehrt, auch die allerneueste, »daß der Sieger immer recht hat«. Dort, wo es offensichtlich später Abweichungen von dem sowjetischen Modell gegeben hat, z.B. im Politapparat, waren die Ergebnisse auch nicht besser. Wenn der Autor von den Spitzenfunktionären in der VP schreibt, sie hätten sich völlig mit dem sowjetischen Sozialismus- und Machtverständnis usw. identifiziert (S. 74), dann hat er damit auf jeden Fall recht. Es gab aber wohl keine Besatzungsmacht, die Leute aus ihrer Besatzungszone, die eine abweichende Auffassung hatten, in Spitzenfunktionen aufrücken ließ. Daraus z.B. Hoffmann einen Vorwurf zu machen, ist nicht richtig.

Richtig wäre es, den sowjetischen Einfluß einmal gründlich und konkret zu untersuchen, der sich im Laufe der Jahre unterschiedlich

gezeigt hat, aber im Prinzip immer präsent und auch kompromißlos gewesen ist.

Zweifellos ist es richtig, darauf hinzuweisen, daß die realen und konkreten deutschen Möglichkeiten und Notwendigkeiten zur Übernahme des sowjetischen Modells bisher nie analysiert worden sind. Über die Notwendigkeit von Streitkräften zu polemisieren, dürfte jedoch müßig sein. Warum sollte die SBZ/DDR eine einsame Ausnahme machen und auf militärische BO verzichten? Wo die Politik das Sagen hat, dort ist bekanntlich Logik meist unerwünscht.

Offensichtlich hat es weder 1948 noch in den Folgejahren seitens der SED-Führung eine konkrete und umfassende Analyse der militärischen Notwendigkeiten und der realen personellen und ökonomischen Möglichkeiten als Grundlage für die Bestimmung der Stärke und Struktur der bewaffneten Organe gegeben.

Der Autor hat mit Recht der Auswertung bzw. der Analyse der aufgeführten Dokumente große Aufmerksamkeit gewidmet, wie die 64 Seiten umfassende Einführung zeigt. Hervorzuheben ist sein Bemühen, die einzelnen Entscheidungen und Maßnahmen, aber auch Unterlassungen, Fehler und Verstöße gegen demokratische und sozialistische Prinzipien sowohl seitens der deutschen als auch der sowjetischen Beteiligten objektiv und von mehreren Seiten zu betrachten und zu versuchen, mögliche Alternativen für eine andere, der damaligen Zeit besser gerecht werdende Lösung aufzuzeigen. Das betrifft z.B. seine Gedanken zu einem anderen Sicherheitskonzept (S. 76), zu einem Selbstbehauptungsorgan an Stelle von Streitkräften (S. 75) und zu den Wehrtraditionen der deutschen Arbeiterklasse und anderen.

Erstmalig finden sich bei Glaser Bemerkungen (S. 30/31 und 80/81) und Dokumente über alternative Vorstellungen zur Verwirklichung demokratischer Prinzipien in den Bereitschaften, wie sie damals z.B. von Oltersdorf (S. 157), Würzberger (S. 330) und Dankner (S. 327) geäußert wurden. Es war zweifellos verhängnisvoll, daß echte demokratische Vorstellungen keinen Eingang in die TB gefunden haben und die immer wieder betonte innerparteiliche Demokratie der SED dabei auch keine Rolle gespielt hat.

Insgesamt enthält der Band eine Vielzahl – auch für einen Zeitzeugen – interessante Gedanken und Informationen. Man kann mit den Überlegungen von Prof. Glaser übereinstimmen oder nicht, auf jeden Fall sind sie einer tiefgründigen Diskussion wert. Im Rahmen dieses Beitrages ist das jedoch nicht möglich. Letzten Endes sind Militärfragen Machtfragen. In der Politik geht es im Grunde immer um Machtfragen. Eine Macht ist auf Dauer um so stabiler, je demokratischer sie real fundiert ist. Die Geschichte beweist immer wieder, daß eine Macht, die nur durch Zentralismus und Parteidisziplin funktionieren soll, nicht von Dauer sein kann.

G. Glaser ist es gelungen, eine Auswahl zu treffen, die eine objektive Betrachtung des damaligen Geschehens erheblich erleichtert. Auch für die ehemaligen Polizeiangehörigen, die damals an der Basis in den TB, VPB oder VPS ihren Dienst taten, vermitteln die Dokumente einen zum Teil neuen Blick auf die Ereignisse der Jahre 1948 und 1949. Für den Autor dürfte es ein ernstes Problem gewesen sein, die Auswahl so zu treffen, daß sie sowohl wissenschaftlich interessierte Leser befriedigt, als auch Leser, die nur wissen wollen, wie es damals wirklich gewesen ist, ihre Erinnerungen auffrischen und neue Ursachen, Hintergründe und Zusammenhänge hinsichtlich dessen finden wollen, was sie damals erlebt haben. Es ist dem Autor gelungen, diesem breit gefächerten Anliegen zu entsprechen.

Bei einer Nachauflage wäre es zweckmäßig, in einem gesonderten Teil einige bekannte westliche Dokumente zu bringen, die heute in Vergessenheit geraten sind bzw. gezielt aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt werden, wie z.B. den OEEC-Vertrag vom 14. April 1948 oder die »Londoner Empfehlungen« aus demselben Jahre. In diesem Zuge könnte auch der Mangel an einer Zeittafel überwunden werden, die die in der Einführung und in den Dokumenten enthaltenen Ereignisse chronologisch wiedergäbe.

HORST ANDEXEL

Ernst Laboor:  
Wieviel Parteien braucht Rußland?  
Parteien und politische Organisationen  
vom Ausgang der achtziger Jahre bis  
zu den Dumawahlen im Dezember  
1995 (Stimmen zur Zeit),  
FIDES Verlags- und  
Veranstaltungsgesellschaft  
Berlin 1996,  
247 S. (39,80 DM)

Gute Bücher über die Entwicklung der Parteienlandschaft in Rußland sind rar, die publizierten Analysen richten sich an einen kleinen Kreis von Spezialisten und sind dementsprechend teuer. Ernst Laboors Buch, das die FIDES Verlags- und Veranstaltungsgesellschaft Berlin in der Reihe »Stimmen zur Zeit« veröffentlicht, ist preiswert und informativ und schon deshalb zu empfehlen. Es enthält eine Unmenge von Informationen, die gerade mit Blick auf den Präsidentschaftswahlkampf ausgesprochen aktuell sind. Eigentlich geht es nicht darum, wieviel, sondern darum, welche Parteien Rußland braucht.

E. Laboor regt an, über viele Fragen, darunter auch über die, die er aus Platzgründen nur kurz anreißt, nachzudenken. Einige, die mit seinem konzeptionellen Ansatz und Einstieg in das Thema zusammenhängen, seien hier erwähnt. Im ersten Kapitel »Die KPdSU – Mutter der Parteien des heutigen Rußland« nennt E. Laboor zwei ausgesparte Aspekte: die »Dissidentenbewegung, die viel zur Parteienbildung in der Sowjetunion beigetragen hat«, und die Bewegungen der nationalen Minderheiten (S. 15). Warum hatten die »Parteien« deren Wurzeln in die Clubphase reichen, keine Chance gegen die auf den Trümmern der KPdSU entstandenen Interessenvereinigungen? Die neue KP und die Jelzin-Administration nutzten die Gründerjahre, um den demokratischen Aufbruch im Land zu kanalisieren. Während die einen die Anmeldeverfahren und Registrierungsmodalitäten absichtlich kompliziert gestalteten und den Apparat von Neueinsteigern säuberten, pochten die anderen auf ihren Alleinvertretungsanspruch im sozialistischen und kommunisti-

schen Lager. Was bedeutet der Sieg der Apparatschiks für die Entwicklung der Demokratie in Rußland? Wie steht es um die Duma? Die Jelzin-Administration braucht, um zu regieren, eigentlich keine Partei. Ist Tschernomyrdin, der versucht, die Hausmacht demokratisch zu legitimieren oder Rybkin, der die Parteien wechselt, wie das Hemd, der typische russische Politiker?

Im Präsidentschaftswahlkampf 1996 war immer wieder davon die Rede, daß die Russen eigentlich nur die Möglichkeit hätten, das kleinere Übel zu wählen. Wie wahr. Warum aber hat es die demokratische Opposition in allen diesen Jahren nicht vermocht, sich zur sogenannten »dritten Kraft« zusammenzuschließen? Ist die neue Verfassung wirklich legitim und vom Volke gewollt? Daß sich die Wähler immer wieder für Seiteneinsteiger wie Shirinowski und Lebed entscheiden, die nach dem gleichen Strickmuster – und immer wieder erfolgreich – auf Stimmenfang gehen, sollte zu denken geben. »Rußland ist ... vor allem anders.« Diese Aussage kann auch wie eine Drohung klingen.

Und ein letztes Fragenbündel: Wie steht es um das Kräfteverhältnis im kommunistischen Lager? Hat es in der wichtigsten der ca. fünfzehn kommunistischen Parteien wirklich eine Erneuerung gegeben? Wie ist die soziale Zusammensetzung der KPRF, was ist dran an den Meldungen über die Richtungskämpfe in der Führungsspitze?

Verlag und Autor hätten in Anbetracht der in Deutschland schwer zugänglichen Informationen über die Akteure und die ihnen zur Verfügung stehende Presse mehr in den Apparat investieren können. »Der an vertiefter Information Interessierte findet am Schluß des Bandes eine Zusammenstellung deutschsprachiger wie russischsprachiger Literatur und Quellen«, schreibt E. Laboor in der Vorbemerkung. Unerklärlich ist, warum die umfangreiche russische Literatur, die einen Überblick über die Parteiprogramme gibt, nur zum Teil berücksichtigt worden ist. So enthält z.B. das Quellen- und Literaturverzeichnis die Titel von 39 Zeitungen, die der Autor für die Studie ausgewertet hat. Leider fehlen die Angaben über Herausgeber, politische Ausrichtung und Auflagenhöhe. Ein Kapitel des »Kto jest kto« für das politische Leben Moskaus

enthält eine Aufstellung aller überregionalen Zeitungen. Der Leser erhält keinen Hinweis auf dieses Nachschlagewerk. Das trifft auch auf die »Kto jest kto« zu, die im Hinblick auf das Personenregister weiterhelfen, das an Aussagewert und Handhabbarkeit gewonnen hätte, wenn Angaben zum Geburtsjahr und zur bisherigen politischen Biographie der Parteiführer- und theoretiker aufgenommen worden wären. Einige von ihnen haben bereits »Ausgewählte Werke« veröffentlicht. Da Ernst Laboor in seiner Studie auf Fußnoten verzichtet, hätte er dem Leser, der etwas nachschlagen möchte, wenigstens diesen Fingerzeig geben können. Das Register der Parteien ist sieben Seiten lang und enthält die Namen von 225 Parteien, Blöcken, Wahlbündnissen und Bewegungen. Wann wurden sie gegründet, existieren sie überhaupt noch, handelt es sich um Wahlblöcke, Parteien oder Fraktionen? Auch hier hätte man dem neugierigen Leser mehr entgegenkommen können.

WLADISLAW HEDELER

### Stiftung Entwicklung und Frieden: Globale Trends 1996.

Fakten, Analysen, Prognosen,  
hrsg. von Igomar Hauchler,  
Fischer Taschenbuch Verlag  
Frankfurt/M. 1995,  
538. S. (24,90 DM)

»Measuring transformation is through«, triumphierte jüngst die Weltbank ob des neusten statistischen Selbstläufers, der – einmal in die Welt entlassen – von nun an sein eigenständiges, von den Transformationsrealitäten in Mittel- und Osteuropa einigermaßen losgelöstes Unwesen treiben dürfte. Galt es noch bis vor nicht allzu langer Zeit als axiomatische Gewißheit, daß sich bestimmte komplexe gesellschaftliche Erscheinungen aufgrund ihres qualitativen Charakters der statistischen Erfassung hartnäckig verweigern, so haben die »statistical units« weltweit diesen Mangel inzwischen weitgehend behoben. In der alljährlich über die Menschheit hereinbrechen-

den Flut von statistischen Daten haben sich längst Wirklichkeit und Fiktion ineinander verkehrt. Gesellschaftliche Phänomene, die nicht statistisch ausgewiesen werden, gelten als so gut wie nicht existent und umgekehrt, was einmal – aus welchen Zufällen heraus auch immer – in die diversen »reports« Eingang gefunden hat, das wird – ob realexistent oder nicht – durch die sich darauf berufenden politischen Strategien auch wirklichkeitsmächtig.

Auch die nunmehr vorliegende dritte Ausgabe der »Globalen Trends« kann sich dem vor allem von den internationalen Organisationen verbreiteten Meßbarkeitswahn nicht entziehen. Dies liegt schon in der Anlage des Bandes begründet. Dieser macht es sich nämlich zur Aufgabe, die zum jeweiligen Schwerpunkt neuesten verfügbaren Daten zu sammeln, zu sichten und übersichtlich darzustellen. Genau in letzterem liegt seine eigentliche Stärke. Hier werden nicht nur komprimierte Statistik und eindrucksvolle Schaubilder reproduziert, sondern auch Erklärungen geboten. Dazu kommt schließlich noch zu jedem Unterabschnitt der Schwerpunkte – »Weltpolitik«, »Weltgesellschaft«, »Weltwirtschaft«, »Weltökologie«, »Weltfrieden« und »Weltkultur« – eine Rubrik »Perspektiven und Optionen«, von der sich der Leser mit Recht einiges an innovativen Überlegungen für die größtenteils bedrohlichen globalen Trends verspricht. Allerdings kommt gerade hier schnell Enttäuschung auf. Es ist nicht nur die durchweg ausgesprochen normative Diktion des »müssen« und »sollen«, die angesichts der oft über alle politischen Lager verbreiteten weitgehenden Hilf- und Ratlosigkeit bei den einzelnen Problemlagen stört, sondern auch die explizite Phantasielosigkeit. Es findet sich schlechthin nichts, was über den bisherigen status quo der politisch-instrumentellen Wahrnehmung des jeweiligen Problemfeldes hinausgeht. Die Vorstellung, daß die Politik wie die Weltgemeinschaft überhaupt in jeder Hinsicht bereits auf dem richtigen Weg sind, wenn dieser auch durch die ein oder andere Inkonsequenz eher zickzackförmig verfolgt wird, triumphiert allenthalben – Welch grandiose Illusion!

Und dann schließlich die Messung des Nichtmeßbaren – hier insbesondere vorgeführt



auf dem Gebiet der Menschenrechtsverletzungen (S. 84ff.). Der »Freiheitsindex« und die fünf »Stufen des politischen Terrors« geben die famosen Kategorien ab, nach denen die Welt vorzugshalber aus us-amerikanischer Perspektive in »gut« und »böse« unterteilt wird. Auch dort, wo unterschiedliche Auffassungen zur Menschenrechtsproblematik im jeweiligen regionalen Kontext verbal konzediert werden, wird schon im nächsten Halbsatz klargestellt, daß die einzig wirklich akzeptierten Grundsätze durch und durch okzidental sind. »Die Regierungen Chinas und Indonesiens, Vorreiter in der Debatte um ein asiatisches Menschenrechtskonzept, schrecken nicht vor schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen zurück...« (S. 91) – debattieren dürfen sie wohl, was aber als Menschenrecht und Menschenrechtsverletzung gilt, das ist längst entschieden!

In Anbetracht der mit großer Akribie versammelten Daten, Kriterien und Erklärungen, denen durchaus eine weite Verbreitung zu wünschen wäre, drängt sich die Frage nach dem potentiellen Nutzerkreis geradezu auf. Wen spricht eine solche aufwendig bearbeitete Re-Präsentation internationaler Statistiken eigentlich an? Insider – sicherlich nicht, dazu ist zu vieles bereits bekannt und zu wenig originell. Auch erweist sich das dargebotene Material als wenig ausbau- und kombinationsfähig. Eigene Ableitungen oder gar weiterführende Berechnungen lassen sich in der Regel nicht anstellen, da die genaue Datenbasis nicht rekonstruiert und die Vergleichbarkeit nicht beurteilt werden kann. Die breite Öffentlichkeit – wird an diesem lesenswerten Buch wahrscheinlich achtlos vorbei gehen, weil die konzentrierte Darstellung es schwer konsumierbar macht. Empfohlen werden kann es Nutzern, die im Bereich der schulischen Bildung oder der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit aktiv sind und die schnellen Zugriff auf gut strukturierte und kompetent reproduzierte Fakten benötigen. Ob dies aber auf längere Sicht ein (auch unter kommerziellen Aspekten) ausreichend großer Leserkreis ist – es bleibt dem Projekt jedenfalls zu wünschen.

Und da wir der Weltbank wie gesagt eine weitere grandiose Kennzifferninnovation verdanken, dürfen wir also gespannt sein, ob sich

in der 1998 folgenden Ausgabe der »Globalen Trends« nicht auch ein paar Statistiken (nebst Schaubildern) zur Messung der »Fortschritte« beim Verlauf der mittel- und osteuropäischen Transformation finden werden. Da aber die »Messung« derartiger qualitativer Prozesse a priori die Existenz eines Maßstabes unterstellt, dürfte also im Osten (Gott sei Dank!) nichts anderes entstehen als das, was uns im Westen bisher längst bekannt ist. Auch im Osten nichts Neues – mit dieser beruhigenden Gewißheit ausgestattet, können wir wieder zum Alltagsgeschäft übergehen. Wie uns die »Perspektiven und Optionen« des vorliegenden Buches glauben machen wollen, werden Utopien und Visionen zum Umgang mit den globalen Trends nicht gebraucht. Oder vielleicht doch...?

ARNDT HOPFMANN

Wieland Stützel (Hrsg.):  
**Streik im Strukturwandel.**  
 Die europäischen Gewerkschaften  
 auf der Suche nach neuen Wegen,  
 Schriftenreihe der  
 Hans-Böckler-Stiftung,  
 Verlag Westfälisches Dampfboot  
 Münster 1994,  
 215 S. (39,80 DM)

Mit diesem Sammelband legen Autoren aus Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien Schweden, und Spanien Ergebnisse eines von der DGB-Stiftung geförderten Projekts »Streik im Strukturwandel« vor. Allerdings, Gegenstand des Buches ist eher der Untertitel, »die Folgen des in allen (west)europäischen Ländern seit dem Ende der siebziger Jahre zu beobachtenden Strukturwandels auf gewerkschaftliche Mobilisierungsmöglichkeiten und Legitimationsmuster« (S. 7). Diese Schwerpunktverschiebung wird verständlich, wenn die veränderten Bedingungen für das Durchsetzen von Arbeitnehmerinteressen in den industriellen Beziehungen betrachtet werden. Wieland Stützel verweist auf »die Auswirkungen einer geänderten Produktionslogik (z.B. just-in-time) auf die ökonomischen Wirkungen des Streiks; die daraus resultierende

Anfälligkeit der Unternehmen gegenüber arbeitskampfbedingten Störungen; rechtliche Veränderungen...; eine zunehmende Aufspaltung des Arbeitsmarktes in Dauerbeschäftigte und Dauerarbeitslose, wie in Stamarbeiter und benachteiligte ›Randarbeiter‹ erschweren zunehmend die gewerkschaftliche Streikfähigkeit« wie überhaupt die Organisations- und Kampfmöglichkeiten der Gewerkschaften. Vor allem stellen solche Veränderungen unter Schlagworten wie »Postfordismus«, »disorganisierter Kapitalismus«, »Dritte Industrielle Revolution« oder »fünfter Kondratieff« generell die Frage, ob und wie heute und künftig der Widerspruch von Arbeit und Kapital ausgetragen werden kann (S. 65f), so Walther Müller-Jentsch.

Die Untersuchungen zeigen, daß sich eine Kluft zwischen hochqualifizierten, gestaltbaren Arbeitsverhältnissen besonders in der Industrie und minderwertigen, ungeschützten Arbeitsverhältnissen vorrangig im Dienstleistungsbereich auftut und vertieft. In den hochqualifizierten Bereichen müssen die Gewerkschaften sich neuen Produktionsverfahren und damit Arbeitsbedingungen stellen. Statt der bislang häufigen Abwehrhaltung wird ein kooperativ-gestaltendes Vorgehen am Beispiel eines erfolgreichen Umgangs bei VW contra der Abwehrmißfolge bei FIAT diskutiert. Das Engagement bei VW beweist für Bruno Cattero, daß Gewerkschaften heute anders vorgehen und »akzeptieren (müssen), daß Veränderungen unvermeidlich sind und das Tempo des Wandels sich beschleunigt.« Deshalb werden eigene Kompetenz und Vorschläge gebraucht, müsse man gar selbst »die Initiative ergreifen, rückständige Unternehmen davon zu überzeugen, ihre Wettbewerbssituation zu verbessern« (S.161). Für die Gewerkschaften ist ein positives Umgehen mit Veränderungen auch angesichts neuer Unternehmensstrategien zur besseren Ausnutzung der Human Resources nach japanischen Vorbild wichtig. Gerade die hochqualifizierten Beschäftigten wurden bislang unzureichend berücksichtigt. Am Beispiel der Arbeitskämpfe im deutschen Bankgewerbe 1992 und beim Software-Unternehmen DEC wird auf erste positive Erfahrungen verwiesen.

Angesichts des Verselbständigens und Dezentralisierens der Arbeitsbeziehungen wird

beobachtet, daß Unternehmervverbände wie Gewerkschaften nicht mehr in der Lage sind, dem entgegenzusteuern. Gewerkschaften sind besorgt, daß durch solche Öffnungsmechanismen tarifvertraglich gesicherte Mindeststandards unterlaufen werden. Deshalb schlägt die IG Metall in ihrem Diskussionspapier »Tarifreform 2000« vor, die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates auszubauen, paritätische Kommissionen für Arbeit und Technik, Qualifizierung, Eingruppierung und Entgeltgrundsätze mit den Arbeitgebern einzurichten. (S. 29)

Es vollzieht sich eine »Tertialisierung« der Arbeitsbedingungen, sowohl hinsichtlich der Verlagerung hin zum Dienstleistungsbereich wie gleichzeitig der Auflösung der Normalarbeitsverhältnisse. Hier gelingt es den Gewerkschaften bislang kaum, diese Arbeitnehmer zu organisieren und wirkliche Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebern zu führen. In diesem Zusammenhang ist der Verweis auf die Rolle des öffentlichen Dienstes mit seiner relativ privilegierten Stellung der Arbeitnehmer bemerkenswert (S. 20). Der Streik 1992 in der Bundesrepublik belegt mögliche Kampfbereitschaft, allerdings auch das Zurückweichen der Gewerkschaftsführung hinter die viel radikaleren Wünsche ihrer Mitglieder.

Angesichts dieser Wandlungen im Arbeitsprozeß kommen Gewerkschafter zum Schluß, daß sich massiv ein Kulturwandel vollzieht. Ein neuer Umgang mit potentiellen wie tatsächlichen Mitgliedern ist notwendig, der die Individualisierung auch als Chance begreift (S. 13). Ob allerdings die von britischen Gewerkschaftern empfohlene Verwandlung der Gewerkschaften in Dienstleistungsorganisationen für ihre »Kunden« (die Arbeitnehmer) mit einer der Versicherungsbranche entlehnten »Kundenakquise« hilft, kann bezweifelt werden. (S. 174)

Daß in dieser Entwicklung der Streik seine Schärfe als Waffe verlieren kann (S. 14), ist verständlich. Wenn es aber stimmt, daß der Streik immer noch für Grundsatzfragen von Interesse ist, dann geht es um die strategische und gesellschaftskonzeptionelle Dimension künftiger gewerkschaftlicher wie politischer Auseinandersetzungen. Dabei kann möglicherweise angesichts akuter Probleme ge-

meinsames Handeln für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen oder Volkswirtschaften mit neuer Partnerschaft verwechselt werden (S. 164f). Man kann glauben, daß die Zeit der »Konfliktpartnerschaft« ausgebrochen sei, weil nicht mehr alle Konflikte im Verhältnis von Arbeit – Kapital enthalten sind (S. 68). Es bleibt aber die entscheidende Frage, die vielleicht von den Autoren mit dem Stichworten Politikverdrossenheit, Skepsis zur Mitbestimmung oder Zweidrittelgesellschaft angesprochen, aber nicht ausdiskutiert wird. Wenn der Trend zur betrieblichen Ebene für die Gewerkschaft und ihre Tarifabschlüsse schon unvermeidlich ist, dann müssen sich die Gewerkschaften vielleicht ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung stellen. Wollen sie nur Partner in schlechten Zeiten für ihre Betriebseigentümer sein? Oder wollen sie und die Beschäftigten selbst nicht nur über das produktionstechnische »Wie«, sondern auch über das »Was« und »Wozu« des Produzierens und Gewinnerzielens entscheiden?! Wollen sie um Vollbeschäftigung nur verbal ringen und letztlich bestenfalls vorhandene Arbeitsplätze verteidigen? Oder wollen sie Staat und Unternehmen zumindest durch einen wiederbelebten Keynesianismus zum Handeln und Umverteilen zwingen?!

Dann bedarf es wohl auch einer nüchternen Betrachtung der Wirkungen der osteuropäischen Transformation auf die westlichen Wirtschaften. Manfred Fiedler spricht vom »Wegfall des ›schönen, sicherheitsschaffenden‹ eisernen Vorhangs«, wodurch der »Druck auf die mitteleuropäischen Staaten verstärkt« und »natürlich auch Umbaupläne in ganz Westeuropa beschleunigt« werden (S. 90). Schließlich bleibt die europäische Dimension. Viel spricht dafür, daß der europäische Einigungsprozeß eher auf dem untersten Niveau sozialer Leistungen erfolgt, was angesichts der unterschiedlichen Stärken der Gewerkschaften, der differenzierten Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechte und der vielfältigen Tarifsysteme in Zeiten einer Schwächung des gewerkschaftlichen Widerstandes eher wahrscheinlich ist. Allerdings: »Viele Trends in den industriellen Beziehungen scheinen nicht nur sehr unterschiedlich in den einzelnen Ländern sondern auch ambiva-

lent und widersprüchlich zu sein ... Es gibt keinen Determinismus, der sie quasi unaufhaltsam wie ein Panzer beeinflusst« (S. 178). Sicher sind die Gewerkschaften überfordert, wenn allein sie den Sozialstaat verteidigen müssen. Gewerkschaften müssen um einen neuen Platz der Arbeit in der Gesellschaft ringen, wie Wolfgang Lecher fordert, damit »Kapital zur Arbeit kommt und nicht umgekehrt; die Internationalisierung der Produktion in einem von den jeweiligen ... Arbeitsmärkten zu verkraftenden Tempo abläuft; Rationalisierungsinvestitionen nach humanen Erfordernissen und nicht nur nach Kostengesichtspunkten ... erfolgen; Kooperation und Konkurrenz auch zwischen hochindustrialisierten Staaten nicht ausschließlich nach zwar kapitallogischen, aber im Effekt oft inhumanen und verschwenderischen Kriterien betrieben wird« (S. 208f). Mit anderen Worten: Die Gewerkschaften müssen sich etwas einfallen lassen (und die politische Linke erst recht), wie unter heutigen Bedingungen das Profitsystem durch eine menschlichere Gesellschaft ersetzt und die Menschen selbst zu Gestaltern ihrer Arbeit wie ihres Lebens werden. Nicht an den Symptomen kurieren, sondern das Übel an der Wurzel packen ...

STEFAN BOLLINGER

Peter Bender:  
Episode oder Epoche?  
Zur Geschichte  
des geteilten Deutschland,  
dtv Deutscher Taschenbuchverlag  
München 1996,  
289 S. (24,90 DM)

Die Geschichte der Antike sollte nicht nur aus der Sicht der Griechen gesehen werden, sondern auch aus der Sicht der Perser oder der Assyrer. Ob der Alt-Historiker Peter Bender diesem Gedanken gefolgt ist, mag dahingestellt sein. Sein Buch über die deutsche Geschichte nach 1945 folgt jedenfalls nicht einem einseitigen Blick auf die Zeiten – dafür braucht es heute offensichtlich eines Autors, der neuere Texte wie alte Schriften lesen kann. Bender legt eine Betrachtung vor, die

neuere deutsche Geschichte eben nicht nur aus der Sicht der »Bundesdeutschen« zeigt. Sein Buch bemüht sich zu zeigen: Es gab nach dem Sturz des Hitler-Regimes zwei autonome deutsche Schicksale. Die Geschichte(n) von Deutschland-Ost und Deutschland-West sind gleich wichtig und haben gleichen Anspruch, aufmerksam bedacht zu werden. Beide Geschichten gehören zusammen: Sie hatten denselben Ursprung in der Katastrophe des Hitlerreiches, sie wurden von gleichen oder von vergleichbaren Umständen bestimmt. Bundesrepublik und DDR standen als deutsche Staaten vor gleichen Schwierigkeiten und Notwendigkeiten. Die Art des Umgangs damit unterschied sich meist, aber zuweilen waren die Lösungsversuche sehr ähnlich, manchmal befanden sich beide Staaten wegen übereinstimmender Interessenlagen sogar auf dem gleichen Weg. Beide Staaten mußten mit der Hinterlassenschaft des Nazi-Regimes umgehen, personell wie ideell. Beide Staaten gingen aus Besatzungszonen hervor. Beide Staaten mußten schrittweise Handlungsspielräume und – zunächst unter ihren Verbündeten – Gleichberechtigung und Gleichrang erlangen. Beide Staaten brauchten ihre übermächtige Vormacht für ihre Sicherheit, wollten aber die dominante Rolle dieser Vormacht mindern. Dabei gingen beide ähnliche Wege: zunächst eifrigste Streiter im Kalten Krieg, Entspannungsgegner, dann eifrigste Verfechter der Entspannung zwischen Ost und West.

Bender bemüht sich, ein Bild des Ganzen zu zeigen, und geht damit neue Wege in der Geschichtsschreibung nach 1945.

Benders Buch über die beiden deutschen Geschichten – oder eben über die eine deutsche – ist nicht chronologisch gegliedert. Bender geht davon aus, daß deutsche Geschichte ab 1945 nicht in diesem Jahr einsetzen kann. Er knüpft an die Weizsäcker-Rede von 1985 an, in der der damalige Bundespräsident festgestellt hatte: »Wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und am Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte« (S. 50). Bender schildert deshalb in den ersten beiden Kapiteln (»Die Katastrophe« und »Die Schuld«) den deutschen Geschichtsprozeß mit dem Blick auf das Jahr 1933. Sehr kritisch

geht er dabei mit dem Umgang mit deutscher Geschichte in beiden Staaten um. »Außer in den ersten Nachkriegsjahren, an die nur die Alten sich erinnerten, gab es in der DDR niemals eine Debatte über Schuld und Verantwortung; die schlichte Einteilung in Faschisten und Deutsche ersparte jede Selbstprüfung. Und wenn in den ersten drei Jahrzehnten der DDR von faschistischer Gefahr die Rede war, dann nur mit Blick auf die Bundesrepublik – auch die Mehrzahl der DDR-Bürger bekam allmählich das Gefühl, mit alledem nichts zu tun zu haben. Hitler, so schien es, war ein Westdeutscher gewesen« (S. 45). Sein drittes Kapitel nennt Bender »Die Emanzipation«. Hier gibt er einen Abriss der deutschen Nachkriegsgeschichte in sechs Abschnitten. Hervorzuheben ist dabei der meines Erachtens gelungene Versuch, die Parallelen der Entwicklung aufzuzeigen.

Beide deutsche Staaten entwickelten sich »zu den Frontstaaten ihrer Allianz, nicht nur militärisch, sondern auch in ihrer Gesinnung. Keiner – außer der Führungsmacht – erfüllte die Bündnispflichten so korrekt, keiner behielt die Feinde so wachsam im Auge, keiner achtete so sorgfältig auf die Geschlossenheit des Bündnisses... Die politische Elite beider Staaten, zum Teil auch deren Bürger, hungerten nach Anerkennung in jeder Bedeutung des Wortes. Die einen wollten sich als perfekte Demokraten beweisen, die anderen als prinzipienfeste Kommunisten; die einen suchten ihre politische Frontbewährung im Anti-Kommunismus, die anderen im Anti-Imperialismus. Beide identifizierten sich mit ihren neuen Gemeinschaften mehr als andere Nationen. Die Westdeutschen wollten die selbstlosesten Europäer sein, die ostdeutschen Kommunisten die treueste Abteilung im internationalen Klassenkampf« (S. 76).

Im vierten Kapitel wird die deutsche Geschichte unter dem speziellen Aspekt der deutschen Teilung betrachtet. Bender wagt es, Adenauer und Ulbricht zu vergleichen. »Adenauer und Ulbricht waren taktisch fast unbegrenzt beweglich und zugleich von eiserner Konsequenz bei der Verfolgung ihrer Hauptziele« (S. 149). »Adenauer und Ulbricht wurden zu Vätern ihres Staats, sie formten ihn und zogen ihn auf, bis er auf eigenen Füßen stand. Aber dabei fanden sie ihre Grenze. Sie

vermochten, Bundesrepublik und DDR gegeneinander aufzubauen, nicht aber, sie miteinander zu versöhnen. Sie sprachen von Deutschland und beschworen die Einheit, aber sorgten nur für ihren Teil« (S. 150).

Bender weist auch auf die Tücken der Geschichte hin: Zum 17. Juni 1953 meint er: »Ohne das Eingreifen der sowjetischen Armee wäre es vermutlich mit Ulbricht, vermutlich mit der ganzen SED-Herrschaft, zu Ende gegangen, die deutsche Einheit wäre vielleicht möglich geworden. Aber die Russen retteten nicht nur Ulbricht vor dem Aufstand, der Aufstand rettete auch Ulbricht vor den Russen. Seine Ablösung war in Moskau schon beschlossen gewesen...« (S. 155).

Mit Blick auf die Verträge zwischen der BRD und der DDR über West-Berlin meint Bender: »Je mehr solche Vereinbarungen zustande kamen, desto mehr erbrachten sie scheinbar paradoxe Ergebnisse. West-Berlin, einst ›Pfahl im Fleische‹ der DDR, wandelte sich zum Kraftspender der Ostrepublik; was das Politbüro früher hatte beseitigen wollen, wurde nun unentbehrlich – ohne die Einnahmen wegen West-Berlin konnte die DDR finanziell nicht weiterleben. Umgekehrt: West-Berlin konnte weiterleben und vor bedrohlichen Störungen sicher sein, weil es der DDR unentbehrliche Einnahmen ermöglichte. Vor Gefahren durch die Großwetterlage schützten es die Amerikaner, gegen DDR-Willkür errichtete die Bundesrepublik einen kaum überwindbaren Valuta-Wall« (S. 194f.). Auch an dieser Stelle spürt der aufmerksame Leser, daß sich Bender in der geistigen Nähe von Egon Bahr bewegt. Bender ist seit der gemeinsamen Schulzeit mit Bahr befreundet. Bender hatte seit 1954 als Journalist gearbeitet, von 1961 bis 1988 beim WDR. Bahr war ebenfalls Journalist, um den 17. Juni übrigens Chefredakteur des RIAS. 1963 konzipierte Egon Bahr mit Willy Brandt die Idee des »Wandels durch Annäherung«.

Sehr kritisch geht Bender mit der Art und Weise der Vereinigung der beiden Deutschlands um. »In Politik, Wirtschaft und Medien vollzog sich die Vereinigung nach den Gesetzen der Machtpolitik. Wenn Gefühle, Interessen und Wünsche im Widerstreit lagen, gaben den Westdeutschen den Ausschlag, denn sie waren zahlreicher und einflußreicher. Für die

Ostdeutschen änderte sich – nach dem Bonmot einer Thüringerin – alles außer der Uhrzeit und der Jahreszeit; für die Westdeutschen sollte sich gar nichts ändern« (S. 224). So stellt er dann auch »eine große Fremdheit« fest, nachdem die Deutschen fast ein halbes Jahrhundert in verschiedenen Welten gelebt haben (S. 226). »Der Westen verführte zu Anmaßung und Verschwendung, der Osten nötigte zu Zurückhaltung und Sparsamkeit« (S. 253).

Kapitel Fünf ordnet deutsche Geschichte in die Geschichte Europas und in Weltgeschichte ein. Bender entgeht damit nicht nur in diesem Kapitel einem Deutschland-Zentrismus.

Eine knappe, aber aussagekräftige Zeittafel, Hin- und Nachweise sowie ein Personenregister ergänzen das Buch.

Nicht nur historisch Interessierte sollten sich Benders Buch zur Hand nehmen. Die von Bender genannten Fakten sind den interessierten Zeitgenossen so unbekannt nicht. Benders Verdienst ist unbestreitbar, Anstöße für eine Sicht auf Geschichte gegeben zu haben, die Geschichte nicht instrumentalisiert, sondern sie in ihrem Lauf als Ganzes sieht.

WOLFGANG BEY

## Eckart Reidegeld: Staatliche Sozialpolitik in Deutschland.

Historische Entwicklung und  
theoretische Analyse von den  
Ursprüngen bis 1918,  
Westdeutscher Verlag Opladen  
Wiesbaden 1995,  
412 S. (64,00 DM)

Die Sozialpolitik, »der Sozialstaat« schlechthin, spielen in den gegenwärtigen Klassenkämpfen nicht nur, aber auch in Deutschland eine herausgehobene Rolle. Bestimmende Kapitalfraktionen verfolgen das Ziel, durch Kappung vor allem der vom Fürsorgeprinzip bestimmten Sozialleistungen im Rahmen ihrer Lohnsenkungsstrategie dem tendenziellen Verfall der Profiteure entgegenzuwirken. Einer Bevölkerung, die im Westen durch jahrzehntelange Beschwörung des ins Grundsatzden-

ken vieler sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Funktionäre eingegangenen Klassenkompromisses im Zeichen der »Sozialpartnerschaft« des Bewußtseins über den klassenpolitischen Stellenwert der Sozialpolitik verlustig gegangen ist, wird die »Reform« mit Hinweis auf den Weltmarkt, auf dem der »soziale Ballast« hinderlich bei der Konkurrenz sei, ebenso erklärt wie mit »notwendiger« Sparpolitik begründet. Eine FDP, deren Ende viele Linke etwas voreilig erhofft hatten, erhebt den Sozialabbau zum Programm der Freiheit und hat damit augenscheinlich Erfolg. Einst eherne Grundsätze katholischer Soziallehre, über den Sozialkatholizismus in die CDU eingeflossen und bei der Ausgestaltung des spezifisch westdeutschen Sozialstaats wirkungsmächtig geworden, rufen bei der übergroßen Mehrheit der Konservativen mitleidiges Lächeln hervor. Wird der Sozialstaat von rechts aufgelöst?

»Sei's drum, dieses veraltete Modell mit seinen eingebauten Macken ist ohnehin marktwirtschaftlich nicht zu retten«, meint Arndt Hopfmann im Editorial von »UTOPIE kreativ« (Nr. 68), abschließend – Marx zitierend – die Hoffnung auf revolutionäre Umgestaltung zum Ausdruck bringend. Der Sozialstaat also auch von links am Ende?

Wer so schnell urteilt, sollte sich zunächst mit der derzeit so florierenden Reinform des Kapitalismus im Unterschied zu der in Deutschland noch immer vorherrschenden »rheinischen« Ausprägung auseinandersetzen. Eine solche Analyse wird dazu führen, daß linke Politik bei aller sozialpolitischer Ambivalenz nicht in einer vorschnellen Aufgabe des Sozialstaates, sondern im Rahmen einer gesellschaftspolitischen Reformstrategie in dessen offensiver Verteidigung bestehen muß. Zum einen, weil – Revolutionäre vergessen das gelegentlich – vom Sozialabbau reale Menschen betroffen sind, zum zweiten, weil sich bereits jetzt zeigt, daß die Westervelle durchaus auch Schranken zwischen sozialen Gruppen wegspült, die bisher als ehern galten. Genannt seien exemplarisch nur Koalitionen zwischen den Kirchen und den Gewerkschaften.

Zu einer solchen offensiven Strategie wäre es erforderlich, die Bedeutung der Sozialpolitik als Fundament sowohl für die Demokratie

als auch für eine effektive Klassenpolitik (im Sinne etwa von Einkommens- und Beschäftigungssicherung, humaner Ausgestaltung der Arbeit u.v.a.m.) von unten ins öffentliche Bewußtsein zu rücken, dazu wiederum ist ein Blick auf die Entstehung der Sozialpolitik in Deutschland – immerhin in Europa lange Zeit richtungweisend – sehr nützlich. »Die heutige deutsche staatliche Sozialpolitik trägt viel Vergangenheit in sich. Diese Vergangenheit ist mithin keineswegs ›vergangen‹« (S. 11).

Eben diesen Rückblick ermöglicht die ausgesprochen lesenswerte Studie von Eckart Reidegeld, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil der Autor bereits in der Einleitung die beabsichtigte Funktion staatlicher Sozialpolitik offenlegt: »Der Endzweck staatlicher Sozialpolitik liegt ... nicht primär im ›Sozialen‹, mögen zur Herrschaftssicherung ›soziale‹ Maßnahmen, wie die Gewährung von gewerkschaftlichen Spielräumen, von Schutzrechten sowie die ›Verbesserung der Lebenslagen‹ und mag eine ›soziale‹ politische Rhetorik eine noch so große Rolle spielen« (S. 12).

Ausgehend von dieser wissenschaftlichen und politischen Definition rekonstruiert Reidegeld seinen Gegenstand zunächst mit einem ausführlichen Literaturüberblick, um dann im historischen Längsschnitt der Entwicklung der Sozialpolitik sowohl hinsichtlich theoretischer Debatten als auch praktischer Ausprägungen nachzugehen. Fruchtbare methodische Entscheidungen (»historische Politikwissenschaft«) tragen dazu bei, daß der beeindruckende Umfang des verarbeiteten Materials den Leser nicht orientierungslos zurückläßt. Sicher wären ergänzende sozialgeschichtliche Untersuchungen zu wünschen, die die »Sozialstaatswerdung« von unten, aus der Sicht der Zielgruppen der Sozialpolitik betrachten; dieses Desiderat spricht aber eher für als gegen die von Reidegeld gewählte Methode, herrschaftssichernde Diskurse und darauf bezogene kritische Debatten zu analysieren und zu interpretieren. Überdies wird die Sozialgeschichte aus der Arbeit nicht ausgeblendet. Das zweite Kapitel der Studie beschäftigt sich mit der sozialen Situation, die zur »sozialen Frage« führte; gestreift werden dabei vor allem der Vormärz und die 48er Revolution.

Während dieser Darstellung noch ein aller-

dings sinnvoller einführender Charakter zugemessen werden kann, sind die folgenden ausführlicheren Kapitel von zentraler Bedeutung für die eingangs aufgeworfenen Fragen. Im dritten Kapitel geht Reidegeld den sozialreformerischen Debatten um die Mitte des vorigen Jahrhunderts sowie deren Motiven nach: »Die Sozialreformer setzen ausdrücklich nicht auf die revolutionäre Kraft der Massenarmut. (...) Die Emanzipation des ›Vierten Standes‹ durch den ›Vierten Stand‹ ist ... Schreckensvision« (S. 140).

Diese Schreckensvision wird durch die zu dieser Zeit entstehende Arbeiterbewegung und durch die sich entwickelnde sozialistische Theorie genährt. Reidegeld stellt dar, wie in dieser Lage staatliche Sozialpolitik »von oben« konzeptionell in den heute noch geltenden Grundzügen entsteht, wogegen aber auch bald sozialistische Vorstellungen über die Gestaltung der Sozialpolitik treten. Bezogen auf meine Eingangsbemerkung: »Bedingt durch eine höchst verschiedene Interessensbasis der zur Sozialreform drängenden Kräfte lassen sich schon bald zwei ›Klassenlinien‹ in der Sozialpolitik ausmachen« (S. 149).

Wie es zwischen diesen Klassenlinien durch die Burgfriedenspolitik im Ersten Weltkrieg, zum – durch den Faschismus unterbrochenen, aber bis heute geltenden – Kompromiß kommt, stellt der Autor im fünften und sechsten Kapitel dar. Daß die »sozialpolitischen Errungenschaften« des Weltkrieges von bedeutenden Kapitalfraktionen nach Kriegsende zurückgenommen und wie die Sozialpolitik auch im Ergebnis der Revolution von 1918 gesichert wurde, liest sich spannend und ist für die aktuelle sozialpolitische Diskussion von großem Interesse.

Abschließend wird darauf verwiesen, daß – ganz und gar nicht im Sinne der konservativen, »kolonisierenden« Sozialpolitiker – insbesondere mit den Sozialversicherungen, deren Entstehung im vierten Kapitel ausführlich beschrieben wird, für die Abhängigen ein bedeutender Zugewinn an Würde und realer Freiheit verbunden sei. »Monokausale und versimpelnde Thesen, einseitige Positionen des ›militanten Antireformismus‹, derzufolge ›alles‹ auf dem Gebiet der Sozialpolitik im Interesse des ›Gesamtkapitals‹ liegt, sind nur scheinbar aufklärerisch und entlarvend und

bieten bestenfalls unzulässig verabsolutierte ›halbe Wahrheiten‹« (S. 387).

Wem das nicht einleuchtend erscheint, der kann sich fragen, warum »dem Kapital« derzeit so wenig an der Aufrechterhaltung des Herrschaftsinstruments Sozialpolitik liegen mag. Offensichtlich ist die Angst vor einer sozialen Revolution auf jener Seite bei weitem nicht so ausgeprägt wie die Hoffnung auf eine solche bei einer bestimmten Ausprägung linker Illusionen.

FRIEDHELM WOLSKI-PRENGER

Joachim Bischoff:  
Restoration oder Modernisierung?  
Entwicklungstendenzen des  
globalen Kapitalismus,  
VSA-Verlag Hamburg 1995,  
149 S.

»Die sozialdemokratische Wohlfahrtsstaatspolitik, die ein Vierteljahrhundert Nachkriegsentwicklung geprägt hat, ist am Ende: Der Traum immerwährender Prosperität ist ausgeträumt, die fordistischen Milieus der Arbeiterbewegung sind zerklüftet, die Sozialsysteme befinden sich unter Deregulierungsdruck, Außenpolitik wird jenseits der Systemkonkurrenz neu definiert als Macht- und Militärpolitik« (S. 11).

Und was Nun? Über sechs Kapitel diskutiert Joachim Bischoff seine Interpretation aktueller Entwicklungen kapitalistischer Weltmarktwirtschaft und macht sich auf die Suche nach tragfähigen Alternativen zum aktuellen Politikversagen. Der Kern seiner Argumentation besteht darin, daß das »fordistische Entwicklungsstadium des Kapitalismus« in seine finale Krise geraten ist und ein Umbruch in der kapitalistischen Betriebsweise ansteht (vgl. Kapitel 1). Ob dieser Umbruch im Akkumulationsregime und in der Regulationsweise allerdings unter kapitalistischen Verhältnissen auch tatsächlich stattfinden kann, ist bei Bischoff offen. Denn die heute dominierenden konservativen Strategien der »Standortsicherung« sind eher geeignet, den erforderlichen Wandel zu verhindern und entschern so das »Selbsterstörungspotential einer

in ihrer Fortentwicklung blockierten Produktionsweise« (S. 49). Zwar werden vom Autor die neuen Dimensionen der Internationalisierung des Wirtschaftslebens nicht bestritten, aber der daraus oft abgeleiteten politischen Ohnmacht vor dem »Sachzwang Weltmarkt« wird vehement widersprochen (vgl. Kapitel 2). Statt eine Revitalisierung der Ökonomie durch den Übergang zu einer Dienstleistungsgesellschaft zu fördern, wird diese durch die herrschende Politik via Reallohnsenkung, Kürzung der Sozialtransfers, Arbeitszeitverlängerung und schließlich Kaufkraftverlust verhindert. »Statt die Verbesserungen der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion für einen ökologischen Umbau der Industrie und einen Ausbau der humanen Dienstleistungen zu nutzen, wird der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß durch eine rückwärtsorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in die Krise hineingesteuert« (S. 68/69). Nach einer außerordentlich instruktiven Diskussion der neueren Entwicklungslinien des internationalen Finanzsystems (vgl. Kapitel 3) kommt Bischoff wieder auf sein eigentliches Thema – wie kann den verhängnisvollen aktuellen Entwicklungen begegnet werden – zurück und auf die vermeintliche »Zivilisationskrise« und ihre Wirkungen auf die politischen Akteure zu sprechen (vgl. Kapitel 4). Hier wendet er sich explizit gegen die Behauptung von »Evolutionenblockaden« und die Konstruktion eines »Weltuntergangsszenarios«, das die Chancen auf eine Trendwende aufgrund der davon ausgehenden demobilisierenden, apokalypti-

schen Visionen eher verschlechtert. Bischoff wendet sich gegen Fatalismus und einen naiven Glauben an einen Entwicklungsautomatismus. »Der Übergang in eine nachfordistische Entwicklungsphase ... ist niemals automatische Folge von Basisinnovationen, sondern kann nur das Ergebnis sozialer Auseinandersetzungen sein« (S. 107), über die ein weitgehender Umbau der Verhältnisse durchzusetzen wäre (vgl. Kapitel 5). Am Ende des Buches – in Kapitel 6 – werden dann in fünf Punkten Grundlinien einer zukunftsweisenden Gegenstrategie umrissen. »Genügend Erwerbsarbeitsplätze ... und zugleich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für eine eigenständige Lebensführung ... – das sind für eine linke Politik nach wie vor die Schlüsselpunkte« (S. 137). Aber nicht nur das. Links sein und linke Politik entwerfen und verwirklichen kann nur auf theoretischen Vorleistungen gründen, die zu schaffen es durchaus noch einiger Anstrengungen bedarf. »Geschichte wird auch für die Gegenwart und Zukunft wieder zu einem politisch offenen Prozeß, wenn die Linke sich ihrer vordringlichsten Aufgabe besinnt – der Ausarbeitung einer auf der Höhe der Zeit befindlichen Kapitalismusanalyse und einer entsprechenden aktiven Auseinandersetzung mit den ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Widersprüchen kapitalistischer Entwicklung« (S. 20). Joachim Bischoff hat in seinem Buch jedenfalls einen beachtenswerten – sicher in mancher Hinsicht auch anfechtbaren – Beitrag dazu vorgelegt.

ARNDT HOPFEMANN